

Bezugspreis:

Wöchentlich 20 Pfennig, monatlich 60 Pfennig, vierteljährlich 1,80 Reichsmark, halbjährlich 3,30 Reichsmark, jährlich 6,00 Reichsmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Art“ mit „Stimmen und Klängen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Kulturbeilage „Kulturstimme“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 13. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkontak: Berlin 27 538 - Kontakts: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Distrikts-Gesellschaft, Dönhofsstraße 2.

Anzeigenpreise: Die einseitige Sonntagsbeilage 10 Pfennig, Restbeilage 1.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 20 Pfennig, fünfmal zwei letzte gedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Karten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 7 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Es bleibt beim Nein!

Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah gestern abend nach längerer Aussprache folgenden Beschluß:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Zunahme der Not nur noch dringen der geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Einkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen, die ihr als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgelegt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können.

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Aenderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs anzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ernstlichen Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Achtstundentag die Zustimmung verweigerte, die sich im sozialpolitischen Ausschuss gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fürstenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.

Bürgerliche Blätter hatten vorausgesetzt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde ihren Beschluß vom 16. Dezember aufheben oder es werde sich zum mindesten doch in ihr eine starke Kräfteverschiebung zugunsten der Großen Koalition bemerkbar machen. Weder das eine noch das andere ist eingetreffen: die Fraktion hat ihren Beschluß vom 16. Dezember aufrechterhalten, und sie hat das mit derselben Ueberzeugung getan, mit der sie ihn seinerzeit getätigt hatte.

Die Stimmen von Parteigenossen, die neuerlich in der Presse für die Große Koalition laut wurden, waren schon zuvor in der Fraktion gehört worden, und man hat auch diesmal das Gewicht ihrer Gründe sorgfältig abgemessen. Da aber tatsächlich seit dem 16. Dezember keine Aenderung der Lage zum Guten, viel eher eine zum Schlechten eingetreten ist, konnte der neue Beschluß logischerweise nur den alten bestätigen.

Der Beschluß spricht aus, daß für die Sozialdemokratie zurzeit angesichts der gesamten politischen Verhältnisse und besonders des Verhaltens der Volkspartei eine Große Koalition nicht in Betracht kommt. Er bedeutet durchaus keinen Bruch mit der Politik, die die Partei bisher getrieben hat. Aendern sich die Verhältnisse, ändert sich das Verhalten der Parteien, so ändert sich auch die Haltung der sozialdemokratischen Partei. Es wird diesmal — auch darin werden sich die Propheten täuschen — nicht das letzte Mal sein, daß die Sozialdemokratie von bürgerlichen Parteien dringend zum Eintritt in die Regierung aufgefordert wird. Und stets wird die Fraktion in solchen Fällen nüchtern und sachlich zu prüfen haben, ob sie den Interessen des arbeitenden Volkes besser durch Zusage oder durch Ablehnung dienen kann. Da es sich dabei um die Abwägung unsicherer Zukunftsfaktoren handelt, wird Einstimmigkeit selten zu erzielen sein: stets aber wird nach Entscheidung solcher taktischer Fragen die ganze Partei für das einstehen müssen, was die Mehrheit beschloffen hat.

Streit um Dinge, die entschieden sind, ist zwecklos. Das sei vor allem auch jenen bürgerlichen Politikern gesagt, die über den Beschluß unserer Fraktion enttäuscht sind. Auch sie werden sich eingestehen müssen, daß das Verhalten der Volkspartei, daß überhaupt alle Erfahrungen, die wir seit 1923 gemacht hatten, nicht geeignet waren, in uns den Glauben zu stärken, wir könnten mit der Volkspartei gemeinsam fruchtbar Arbeit leisten. Die Not breiter Volksmassen ist gewaltig, beherzte Maßnahmen sind notwendig, um ihr einigermaßen zu steuern und in jenen Massen selbst das Vertrauen zu wecken, daß wirklich die Absicht besteht, ihnen zu helfen. Wir glauben nicht, daß dieses Vertrauen erworben werden kann von einer Regierung, in der eine so ausgesprochene Partei des Unternehmertums und der bestehenden Klassen wie die Volkspartei das Sagen an der Wage bildet — es sei denn, diese Regierung hätte durch Taten bewiesen, daß man sie falsch eingeschätzt hatte. Solche Taten er-

wartete die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht, darum lehnte sie den Eintritt in die Große Koalition ab.

Daß die Anhänger der Großen Koalition bisher die Dinge so darstellten, als ob der Himmel einstürzen müßte, wenn diese Koalition nicht zustande käme, begreift man aus ihren propagandistischen Absichten. Jetzt hindert auch sie nichts mehr, die Dinge ruhiger und nüchterner anzusehen.

Die kommende Regierung wird keine feste Mehrheit haben. Das bedeutet noch lange keine Negation des parlamentarischen Prinzips. Auch im Mutterland des Parlamentarismus, in England, hat es vor nicht zu langer Zeit eine Regierung gegeben, die keine feste Mehrheit hatte: das war die Regierung der Arbeiterpartei. Eine Minderheitsregierung bleibt im Amte, solange sich keine Mehrheit findet,

die sie stützt. Kann dann diese Mehrheit keine Regierung bilden, so bleibt der Ausweg des Appells an das Volk.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die kommende Regierung nach ihren Taten beurteilen. Ein Zwang für sie, unter allen Umständen Anschluß nach rechts zu nehmen, besteht nicht. Sie kann umgekehrt, wenn sie danach angetan ist, sich Unterstützung von links moralisch erzwingen durch die Politik, die sie treibt. Die Sozialdemokratie hat ihr gegenüber die Hände frei, aber ihr Handeln ist durch ihre Grundsätze bestimmt. Eine Regierung, die kraftvoll die Republik schützt, für die sozialen Forderungen notleidender Massen Verständnis zeigt und den unverschämten Bereicherungsabsichten der abgehalfterten Fürsten energisch entgegentritt, kann sich in den Arbeiter-

Unter der Lupe . . .

Die Rechtstitel der „Fürsten“.

Die Deutschnationalen, die die Sparer und Rentner enteignet haben, und, um sie zu trösten, unter Führung des Fürstenanwalts Everling den ehemaligen deutschen Fürsten auf Kosten des verarmten deutschen Volkes Unsummen zuschanzen wollen, werden nicht müde, sich auf das „Recht“ zu berufen und den Volksvertretern, die sich schützend vor die durch die Habgier der Fürsten bedrohten Volksmassen stellen, den Vorwurf des „Raubes an fürstlichem Eigentum“ zu machen. Es ist interessant, einige der Rechtstitel unter die Lupe zu nehmen, durch die den Fürstenhäusern Ansprüche erwachsen sein sollen, die sie mit der ihnen in Geldsachen von jeder eigen gewesenen Züchtigkeit verfechten.

Friedrich Wilhelm III. von Preußen hatte die Herrschaft Flatow-Krojante in Westpreußen erworben. Nach dem Preussischen Allgemeinen Landrecht fielen unbewegliche Sachen, die der Landesherr erworben und über die er weder unter Lebenden noch von Todes wegen verfügt hatte, nach seinem Ableben dem Staate zu. Der König hatte leghwillig anordnen wollen, daß aus der Herrschaft Flatow-Krojante ein Fideikommiß für seine nachgeborenen Söhne zu errichten sei, er hatte indessen diesen seinen Willen in einem rechtsgültigen Testament nicht zum Ausdruck gebracht. Am 14. Januar 1842 erließ sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. eine Kabinettsorder, durch die er die Herrschaft zum Familienfideikommiß für seine Brüder machte. Da jede Kabinettsorder eines absoluten Monarchen ein Gesetz war, ist

dem Staat in dieser Weise „auf gesetzlichem Wege“ ein Eigentumsobjekt entzogen worden, das einen Wert von etwa 26 Millionen Mark hat.

Die Herrschaft Musterhausen gehörte seit 1786 zu den Domänen des preussischen Staates und unterstand der staatlichen Domänenverwaltung. Als im Jahre 1818 Friedrich Wilhelm III. für den Prinzen August von Preußen auf den zur Herrschaft Musterhausen gehörenden Grundbesitz eine Rente eintragen lassen wollte, vertrat der Justizminister von Kirch-eisen die Auffassung, daß die Rentebewilligung unzulässig sei, da die Herrschaft wie alle Domänen ohne Zweifel im alleinigen Eigentum des Staates stehe. Auf die Vorstellungen des Prinzen August entschied indessen der Staatskanzler Fürst Hardenberg, daß im Grundbuch als Eigentümer der Herrschaft Musterhausen „Seine Majestät der König von Preußen“ einzutragen sei. So geschah es.

Auf diese Weise „erwarb“ das Haus Hohenzollern staatliches Eigentum, das gegenwärtig einen Wert von über 47 Millionen Mark besitzt.

Die Herrschaft Schwedt, Bierraden und Wildenbruch war vom Landrecht für Staatsdomäne erklärt worden. Im Jahre 1847 eröffnete König Friedrich Wilhelm IV., der sich den ausfälligen preussischen Ständen gegenüber in eine möglichst günstige materielle Lage bringen wollte, dem Justizminister, er glaube, daß diese Herrschaft widerrechtlich von seinem Hausgut abgetrennt sei. Im Verlaufe der darauf eingeleiteten Verhandlungen vertrat der Finanzminister von Rabe und sein Amtsnachfolger von Bodelschwingh den Standpunkt, daß das

Eigentum des Staates an der Herrschaft nicht zu bezweifeln sei. Der König entzog nunmehr dem Finanzminister die Vollmacht zur Verwaltung der Herrschaft, die bis dahin der Staat geführt hatte. Der preussische Fiskus erhob Klage auf Aner-

kennung des staatlichen Eigentums an der Herrschaft; indessen nicht bei dem ordentlichen Gerichte, sondern bei dem Geheimen Justizrat des Kammergerichts. Der Geheimen Justizrat war nur zur Entscheidung von persönlichen Ansprüchen gegen Mitglieder des königlichen Hauses eingesetzt, während es sich hier um ein dingliches Recht handelte. Das angerufene Gericht war also unzuständig. Dieses unzuständige Gericht erkannte trotzdem das Eigentum des Hauses Hohenzollern an der Herrschaft an, obwohl das Königshaus selbst im Prozeß lediglich geltend gemacht hatte, daß die Herrschaft ein mit der Krone verbundenes, zur dauernden Ausstattung der königlichen Familie bestimmtes Fideikommiß, nicht aber, daß sie ihr Eigentum sei. Solche Fideikommissgüter waren aber nach dem Allgemeinen Landrecht den Domänen gleichgestellt, also Staatseigentum. Das Königshaus hatte mithin nur den Nießbrauch an der Herrschaft in Anspruch genommen, das gefällige Gericht sprach ihm das Eigentumsrecht zu. Das Urteil wurde zwar vom preussischen Obertribunal bestätigt, aber selbst der Minister des königlichen Hauses bezeichnete es als falsch. Wilhelm II. trägt gleichwohl kein Bedenken, dieses Urteil zur Grundlage seines Eigentumsrechts an der Herrschaft zu machen, deren Wert nahezu 19 Millionen Mark beträgt.

Die Rechtstitel der Ansprüche der übrigen deutschen Fürstenhäuser sind zum Teil von der gleichen fiktiven Reinheit, wie die eben besprochenen der Hohenzollern. Im Jahre 1866 schloß sich z. B. der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, der sich wenige Jahre vorher durch seinen Privatsekretär Tempelmeier der preussischen Fortschrittspartei für den Fall einer Revolution als Leiter der provisorischen Regierung empfohlen hatte, an Preußen an, und ließ die Gotha'schen Soldaten an der Seite der preussischen Truppen bei Langensalza kämpfen. Als Belohnung schenkte ihm Wilhelm I. von Preußen die Schmalaldener Forsten, die einen wertvollen Bestandteil des saebenen von Preußen eroberten Kurhessens bildeten. Der Gothaer Herzog hielt es für den Anstand unvereinbar, diese Forsten zum fideikommissarischen Eigentum seines Hauses zu machen. Man hat es hier mit einem Seitenstück zu dem kostbaren Porzellan-geschick zu tun, das der Kurfürst von Hessen aus den Geldern erworben hat, die er für den Verkauf seiner Soldaten an England erhalten hatte. Der englische Prinz, der als Rechtsnachfolger des Herzogs Ernst den Gotha'schen Thron bestiegen hat, ist bekanntlich ein eifriges Mitglied der Deutschnationalen Partei. Er nimmt die wertvollen Forsten als persönliches Eigentum in Anspruch. Die Geltendmachung dieses Rechtes an Eigentumschaften, die als Prämie für Blutoffer der gotha'schen Soldaten gemährt sind, zeigt, daß er sich in die Ideenwelt der Deutschnationalen völlig eingelebt hat.

So sehen viele der Rechte aus, um die die deutschen Fürstenhäuser nach deutschnationaler Auffassung durch die Sozialdemokratie „beraubt“ werden sollen. Würdig schließt sich allen diesen Fällen das Verhalten des ehemaligen Streikler Großherzogshauses an, das allerdings weniger Entrüstung als befreiende Heiterkeit hervorzurufen imstande ist, nämlich die Geltendmachung von Aufwertungsansprüchen für namhafte Forderungen der Mätressen früherer Großherzöge, die den abgelegten Herzoglichen aus Schuldverschreibungen ihrer dankbaren Gattinen erwachsen sind. Es fehlt nur noch, daß die Aufwertung auch für die Forderungen eines jener Jünglinge gefordert wird, die dem letzten Großherzog von Baden-Streiff in „warmer Freundschaft“ ergeben waren. . . .

massen Vertrauen schaffen, auch wenn kein Sozialdemokrat in ihr sitzt. Mühte es nicht der Ehrgeiz jener bürgerlichen Politiker sein, die für die Große Koalition eintraten, zu zeigen, daß eine solche Regierung möglich ist? Zeigten sie das, dann freilich würden sie den Beweis dafür geliefert haben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unrecht hatte, die Große Koalition abzulehnen.

Wir erwarten eine Minderheitsregierung, die dieses Kunststück zustande brächte, freilich nicht — am wenigsten erwarten wir sie dann, wenn sich die Nachricht bestätigt, daß Herr Luther zu ihrem Führer ausersehen ist. Niemand wird verlangen können, daß wir einer neuen Regierung Luther mit überschwänglichem Vertrauen gegenüberstellen. Gewiß hätte es mancher Demokrat und mancher Zentrumsmann als Reichstagsminister nach links hin leichter. Aber aus welchen Personen immer die neue Regierung gebildet wird, auf alle Fälle werden sich unsere Entscheidungen ihr gegenüber nicht nach ihren Namen sondern nach ihren Taten richten.

Eine vernünftigeren, den Interessen der arbeitenden Massen besser dienende Politik ist unseres Wissens bisher noch nicht vorgeschlagen worden. Am wenigsten von den Kommunisten. Der Schrei nach der „Arbeiter- und Bauernregierung“ ist nicht weniger konfus als der Schrei nach der „Rechten nach der Diktatur des starken Mannes“. Würde aber eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ nicht auch eine Koalitionsregierung sein, sogar eine kommunistisch-deutschnationale? Ueberhaupt, seit in der Roßte-Stadt Hannover die Koalition des „Roten Frontkämpferbunds“ mit der Schutzpolizei gegen die Kommunisten der Fraktion Kay geschlossen worden ist, sollten die Kommunisten aufhören, die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten zu schmähern. Da ward an einem Schussfall bewiesen, welsch sonderbare Bettgenossen mitunter die Rot schaffst!

Um aber wieder von ernstlichen Dingen zu reden, wiederholen wir zum Schluß: die Sozialdemokratische Partei lehnt nicht jede Koalitionspolitik ab, wohl aber hat sie sich zurzeit, wie wir glauben, mit guten Gründen, gegen die Große Koalition entschieden. Sie kämpft weiter für ihre Forderungen und kann, frei von Bindungen, einen stärkeren Druck hinter sie setzen, als wenn sie in einer Koalitionsregierung mit der Volkspartei zu einem ungleichen Gespinn zusammengelehrt wäre. Ihr Fernbleiben von der Regierung schließt ein sachliches Zusammenarbeiten mit denen, die bereit sind, die Republik zu schützen und soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, nicht aus.

Gegen eine Regierung, die Anstich nach rechts sucht und die sich von antisozialen Tendenzen leiten läßt, wird die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf aufnehmen; sanger Bestand wird ihr gewiß nicht beschieden sein.

Kurz und gut: wir sind frei und warten ab, was kommt.

Behrens und der Fememörder Schulz.

Die Arbeitgeberverbände Geldgeber des Fememörders.

Das Polizeipräsidium Berlin teilt mit:
In Presseveröffentlichungen des „Deutschen“, der „Frankfurter Zeitung“ und des „Vorwärts“ war Anfang Dezember 1925 behauptet worden, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände habe an den Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen von 5000 Mark zur Unterstützung des Fememörders und Führers der „Schwarzen Reichsmehr“, Oberleutnant a. D. Schulz, gegeben. Am 13. Dezember 1925 erfolgte im Gerichtsgefängnis in Landsberg ein vergeblicher Ausbruchversuch zweier Strafgefangener, die erklärten, von dem wegen Fememordes dort inhaftierten Oberleutnant a. D. Raphael zu seiner und zur Befreiung der anderen dort verhafteten Personen, zu denen auch Oberleutnant a. D. Schulz gehörte, gegen das Versprechen von 3000 M. angestiftet worden zu sein. Auf Grund dieser Tatsachen tauchte in der Presse wieder die Behauptung auf, daß die Geldmittel für diesen Ausbruchversuch von der Arbeitgebervereinigung stammten. Die einzige leitende polizeiliche Untersuchung hat folgendes ergeben:

Der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung Deutscher Arbeiterverbände von Zengen ist im Mai 1925 von dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Meier, Gewerkschaftsleiter im Zentralverband der Landarbeiter, um die Hergab eines Darlehens zur Unterstützung des der Anstiftung zu den Fememorden verdächtigen Oberleutnants a. D. Schulz ersucht worden. Zwischen dem Zentralverband der Landarbeiter und Schulz hatte nach Auflösung der „Schwarzen Reichsmehr“ anlässlich des Rührer Putsch ein Arbeitsverhältnis bestanden. Schulz und der ihm besonders nahestehende Feldwebel Klapproth, der als Mörder in einer Reihe von Fememorden in Frage kommt und verhaftet worden ist, wurden damals in der Wirtschaftsteilung des Zentralverbandes und als Organisatoren der Landvolkbewegung beschäftigt. Herr von Zengen hat die Hergabe des Darlehens abgelehnt. Anfang Juni 1925 haben dann neue Verhandlungen über die Gewährung eines Darlehens an den Zentralverband der Landarbeiter stattgefunden. An diesen Verhandlungen waren die Herren von Zengen, Dr. Reisinger von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der Landtagsabgeordnete Meier, der Reichstagsabgeordnete Behrens und Gerichtsassessor a. D. Raetzel vom Zentralverband der Landarbeiter beteiligt. Der Zentralverband erhielt gegen Quittung des Herrn Behrens ein Darlehen von 5000 M., das am 31. August 1925 zurückgezahlt werden sollte. Dieses Darlehen ist dann in den Büchern der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf 1 M. ausgebaut und erst nach den Presseangriffen Anfang Dezember 1925 trotz der inzwischen erfolgten Ausbuchung vom Zentralverband zurückgezahlt worden. Das Darlehen ist weiter, wie festgestellt werden konnte, zur Unterstützung des Oberleutnants Schulz verwendet worden. Welcher Art diese Unterstützung war, steht bisher noch nicht fest. Die Beteiligten behaupten, es sei nur zur Gewährung persönlicher Vergünstigungen im Gefängnis für Schulz, der seit April 1925 in Haft ist, und zur Bestellung eines Verteidigers verwendet worden. Ob die bei der Hergabe des Geldes an den Zentralverband beteiligten Herren der Arbeitgebervereinigung gewußt haben, daß das Geld zur Unterstützung des Schulz verwendet werden sollte, ist nach Lage der Umstände nur bezüglich des Herrn von Zengen wahrscheinlich, da Herr von Zengen von dem bereits früher erfolgten Darlehens-Erfahren Meiers, der ausdrücklich den Zweck der Unterstützung des Schulz angegeben hatte, den Gemeindeführern seiner Vereinigung keine Mitteilung gemacht hatte. Herr von Zengen selbst bestreitet, den Zweck des Darlehens gekannt zu haben. Nach seiner wie nach Angaben der Geschäftsführer soll das Darlehen ausschließlich den Zweck gehabt haben, Herrn Behrens und den Zentralverband der Landarbeiter der Arbeitgebervereinigung zu verpflichten.

Der Leiter der Vereinigung, Geheimrat Ernst von Borzig, hat nach seiner Versicherung von der Hergabe des Geldes erst durch die Presseangriffe Kenntnis erhalten. Er hat erklärt, daß die Vereinigung wie auch er selbst niemals eine Unterstützung des Oberleutnants a. D. Schulz gewünscht noch jemals gebilligt haben würde.

Die Vorgänge sind nach Abschluß der polizeilichen Vernehmungen an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergegeben worden.

Hg. Behrens hat seinerzeit in einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ und noch gestern in einer weiteren Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ die Verwendung der 5000 M. für den Fememörder abzuleugnen versucht. Die Erklärung des Polizeipräsidiums läßt es als sicher erscheinen, daß sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete einer objektiven und wahrscheinlich auch subjektiven Unwahrhaftigkeit schuldig gemacht hat.

Zweifelhaft bleibt das Verhalten der Arbeitgeberverbände. Der Polizeibericht stellt es als wahrscheinlich hin, daß Herr von Zengen über den Zweck des Darlehens unterrichtet war und die Tatsachen selbst sprechen dafür. Man darf wohl annehmen, daß sich der Vorstand des Verbandes, vor allem Herr Dr. Tändler nunmehr eindeutig zu der Angelegenheit äußern werden.

Schon jetzt muß festgestellt werden, daß Mitglieder der Deutschnationalen Landtags- und Reichstagsfraktion enge Beziehungen zu Verbrechern unterhalten haben, die das Mordhandwerk in selten

brutaler und viehischer Form betrieben. Was wird die Deutschnationale Partei, die so gerne über andere Parteien den Spitterrichter spielt und Entrüstung heuchelt, wenn man auf ihre Zusammenhänge mit rechtsradikalen Mordgefeilen hinweist, gegen ihre Abgeordneten Meier und Behrens unternehmen?

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Zeit 15. Dezember um über 40 Proz.

Berlin, 12. Januar. (W.D.) Die Zahl der unterstufen Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1060 397 auf 1 485 931 gestiegen. Die Zahl der unterstufen männlichen Erwerbslosen beträgt 1 325 052, die Zahl der weiblichen 160 879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über 40 Proz.

Die Zahl der nichtunterstufen und der bereits ausgesteuerten Erwerbslosen ist in dieser Ziffer nicht einbezogen.

Der wilde Kay.

Die Kommunistische Fraktion teilte im Dienstag dem Reichstagsbureau mit, daß der Abg. Kay ihr nicht mehr angehöre. Kay selbst hat sich als „zu keiner Fraktion zugehörig“ in die Liste eingetragen. Offenbar trägt er kein Verlangen danach, auf sein Mandat zu verzichten, wie es die Zentrale der Kommunistischen Partei von ihm gefordert hat.

Vom hannoverschen Kriegsschauplatz berichtet die „Rote Fahne“, daß ein Spigel, der sich in der Gefolgschaft von Iwan Kay befunden hat, bei dem am Sonntag erfolgten Zusammenstoß die Polizei alarmierte. Die Meldung ist schon deshalb äußerst unwahrscheinlich, weil sich der Alarm der Polizei gegen die Kay-Truppe richtete, die das Gebäude der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung“ besetzt hatte.

Wie wir nun aus sicherer Quelle erfahren, war der „Spigel“, der die Polizei alarmierte, kein anderer als der Geschäftsführer der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung“, der Kommunist Miller. Hält nun die „Rote Fahne“ den Geschäftsführer ihres Bruderblattes in Hannover für einen Polizeispigel, oder schämt sie sich etwa, ihren Lesern mitteilen zu müssen, daß die SPD. Polizeihilfe in Anspruch genommen hat?

Wer weiß um Meyer-Cohn?

Wir erhalten die nachstehenden Zellen:

„In der „Deutschen Zeitung“ von gestern morgen finden sich unter der obigen Ueberschrift Mitteilungen über den „Bankier des Baron von Holstein“. Es heißt da:

„Für heute gestatten wir uns Herrn Theodor Boff und die vom Hause Wülsten zu fragen, ob sie ihr „erstauentliches“ Wissen um die Firma Meyer-Cohn etwa dem Schriftsteller Dr. Paul Rathen, dem Neffen und Erben des Ehepaars Meyer-Cohn verdanken. Kann uns vielleicht zugleich mit der sicherlich offenerherzig gemährten Antwort gesagt werden, ob Dr. Paul Rathen über das Besagte hinaus nicht nur als Sozialdemokrat und Intimus des Genossen Breitscheid, sondern auch als Agent der Ostjuden besonders bei jener Presse akkreditiert ist?“

Soweit die obige Notiz mich betrifft, ist eine Antwort gegeben: Weder bin ich der Erde nach der Rasse des Ehepaars Meyer-Cohn; noch überhaupt verwandt mit dieser Familie. Daß mir der Genosse Breitscheid den Ehrentitel seines Intimus sublimen würde, muß ich leider bezweifeln, und daß ich Agent der Ostjuden bin, muß ich bestreiten.

Hingegen nehme ich mich nach Möglichkeit verfolgt der Ostjuden an, wie ich mich verpflichtet fühle, auf Grund meiner Weltanschauung allen ungerechtfertigten zu Hilfe zu kommen, soweit das in meinen Kräften steht. Es entspricht solche Haltung den Prinzipien der Humanität, gleichgültig ob es sich um Christen oder Juden oder um rosen sonst handelt. Und solche Forderung ist nicht nur im alten Testament, sondern bekanntermaßen ganz ausdrücklich auch im neuen Testament enthalten, das freilich von antisemitischen Kreisen durch den weniger modernen Botanikler erfert werden soll.
Dr. Paul Rathen.

Sezessionsbau auf dem Savignyplatz.

In den Räumen der Sezession (Kurfürstendamm 232) sind die Entwürfe für einen Neubau ausgestellt, mit denen dieser Künstlergruppe endlich ein würdiges Heim geschaffen werden soll. Sechs Architekten haben sich beteiligt, meist mit mehreren Entwürfen, und die Jury (in der unter anderen Poelzig und Barming neben drei Sezessionsmitgliedern saßen) hat einstimmig den von Leo Raatzlich zur Ausführung empfohlen.

Diese Angelegenheit hat zwei Seiten und soll die Allgemeinheit um beider willen interessieren. Die eine zeigt sich in der heillosen Raumnot der Sezession, die in ihrem jetzigen Unterschlupf ein geradezu unwürdiges (und von uns immer wieder als unzureichend hervorzuhebendes) Ausstellungslokal besitzt. Seitdem der herrliche und wahrhaft vornehme Bau neben Rumpelmeier, den Vorkriegsberlinern durch zahlreiche Ausstellungen unvergessen, in das Theater am Kurfürstendamm verwandelt wurde, irrt die Sezession gleichsam obdachlos umher und es gibt überhaupt keine öffentlichen Schau-räume von repräsentativem Charakter für die fortschrittliche Kunst, wenn man von den Gelegenheiten der Akademie und des „Kronprinzenpalats“ abläßt. Die aber verfolgen ihre besonderen und spezialisierten Ziele.

Von dieser Seite also ist es aufs allerdringlichste zu wünschen, und den Stadträten Berlins ans Herz zu legen, daß eine würdige Kunststätte an geeigneter Stelle entstehe. Und um diesen Platz handelt es sich an zweiter oder sogar besser an erster Stelle. Die Sezession hat ihr Augenmerk auf den Savignyplatz in Charlottenburg gerichtet, und der Stadtrat hat sich schon bereitfinden lassen, ihr den Platz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Bleibt die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, um die sie auch von uns aus dringlichst gebeten wird: sie täte damit Berlin einen doppelten Gefallen.

Denn der Savignyplatz, wer kennt ihn nicht, verträgt ganz außerordentlich gut eine Verbesserung seines Aussehens. Er ist eigentlich gar kein Platz, sondern ein großmächtiges Volumen, auf das sich nicht weniger als sieben breite Straßen äußerst ungenügend und zögernd ergießen, um daselbst ins Nichts zu vergehen. Ungestopft ist dieser Hahn auf einen Platz mit übel angewandten Stummeln von Grünanlagen. Gelingt es, ihm einen architektonischen Sinn, eine deutliche Rückwand und damit einen Mittelpunkt zu schaffen, sozusagen ein Rückgrat nachträglich in seine molluskenhafte Richtigkeit einzubauen, so hätte wir auf einmal einen städtebaulichen Mittelpunkt für das Charlottenburg der Kontstraße gewonnen.

Und dieses architektonische Rückgrat kann Berlin durch Ueberlassung des Platzes zwischen Kontstraße und Stadtbahn an die Sezession sich kostenlos zulegen. Hier ist wirklich einmal Gelegenheit zu einer noblen Geste, an die Worte der gegenwärtigen Kunst gerichtet. Die Sezession will die Baumittel von sich aus aufbringen. Von den ausgefallenen Plänen wurde diesem Gesichtspunkt der von Otto Hirtle am meisten gerecht; er stellt nicht nur eine gut gegliederte Wand gegen das störrische Vergernis der Stadtbahnbögen, sondern er gliedert auch den ganzen Platz davor in zusammenfassender Strengung mit rechtlich hoch eingeschalteten Baum- und Wasserbedeckten-Torhöfen als architektonische Einheit, die dem Savignyplatz Sinn und Richtung und damit Schönheit gäbe.

Aber das würde leider zu kostspielig für beide Teile werden, und so hat man ihm nicht den Preis zuerkannt.

Auch Heinrich Tessenow nicht, einem unserer besten und sachlichsten Baumeister, obwohl seine Fassade mit ihrer wunderbaren Freitreppe und schlichten Mauerwerklichkeit zweifellos an erster Stelle steht. (Der Grundriß ist zu kompliziert, und die Ausführung würde zu teuer werden.)

Von allen Entwürfen — die von Steinmeier, Rosenthal und Häring leiden an zu pompöser Schöckelung und viel Unschicklichkeit — bleibt tatsächlich der von Raatzlich bestehen als der ausführungsfähigste, den Zwecken des Ausstellungsgebäudes und der Platzgestaltung in gleicher Weise gerecht werdende. Auch hier eine klare, einfache und sinnig angelegte Fassade mit einer Behandlung des Vorgeländes, die architektonisch trefflich auf den Bau vorbereitet und dem Platz seine Achse und seinen Sinn gibt (gegen die Stadtbahn hin, wie es sich versteht). Und sein Grundriß kommt allen Anforderungen entgegen, die die Sezession, ihre Ausstellungs-zwecke und ihre materiellen Mittel stellen.

Es wäre erfreulich, wenn inmitten all des Kulturjammers, den wir über uns ergehen lassen müssen, hier ein nicht eben großes, aber höchst bedeutsames Zentrum der Kunst im Westen Berlins entstehen würde.
Dr. Paul F. Schmidt.

Die „Condessa“.

Von Hermann Schüßlinger.

Zwei Mätressen des letzten Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin haben anlässlich der Abfindungsdebatte im Reichstag ihre Ansprüche an die deutsche Republik angemeldet — von ihrem Standpunkt aus mit Recht: nämlich die Condessa de Magena, die auf Grund eines „Abschiedsbriefes“ des überjütterten und lebensüberdrüssigen letzten Großherzogs eine „Apanage“ von jährlich 20 000 Mark verlangt, und die „Gräfin“ Bubna-Litke, der zwecks Rückgabe kompromittierender Briefe fünf Goldmillionen vom deutschen Volk bezahlet werden sollen. Dabei sind diese „Gräfinnen“ vermutlich kurz vor ihrer Erhebung in den Adelsstand brav und bieder zwischen der Friedrichstraße und dem Zoo spazieren gegangen, und ihre Wiege stand wahrscheinlich in Buxtehude, Wiesbaden oder Oberammergau, obwohl die „Condessa“ ihren klingenden Titel auf die wohlwollende Fürsprache des Großherzogs hin von der Regerrepublik Liberia erhalten hatte!

Diese Kondessa ist trotz ihrer Ansprüche an die Republik auf Grund einer recht frommwürdigen Arbeitsleistung an den letzten „Landesvater“ von Mecklenburg-Strelitz für uns Goldes wert! Sie beweist uns wieder einmal schlagend, aus was für unmütigen Trotteln die deutsche Nation besteht! Wir sollen also unseren angestammten Landesvätern nicht nur die Kronen für das „standesgemähe“ Auskommen der Fürstensfamilien von der Urvater-Urgroßmutter bis zur jüngsten Scheuerfrau liefern, sondern auch noch die Schweißgelder für höchstdero erottische Berpersitäten betappen — auf deutsch: die Scheuerklappen bezahlen, mit denen der letzte Hofmarschall die unappetitlichen Ueberreste Seiner Admighchen Hoheit zu befeuchten gedankt!

Immerhin vermag uns diese mecklenburgisch-nordostfälische Kondessa aus Rüggenbroda wenigstens wieder mal an die letzten

Wachen ihres hochseligen Herrn zu erinnern. Der Herbst 1918 war über uns gekommen, und das Gefüge des deutschen Heeres zitterte unter dem Eisenhagel des Generals Hoch in Pflandern und in den Vogesen! Alle Welt sah auf den Kaiser, der sein Spiel verloren hatte und, vom Bannstrahl der öffentlichen Meinung der Welt getroffen, mit uns und vor uns allen am Abgrund stand.

Die Flotte des Admirals Roehow stand vor Schillingseebe zu ihrem letzten Stoh an die brandische Küste bereit. Höchstlich floz das Gerücht in die Panzertürme und Kasematten: „Der Kaiser hat sich auf S. M. S. „Baden“ eingeschifft. Er will die Flotte opfern — 24 Stunden vor dem Ende.“ Er will mit uns in den Tod.“ Da explodierte im Panzerkreuzer „Thüringen“ die Revolution, und die Heizer rissen unter den Ketten das Feuer heraus.

Der Kaiser aber dachte gar nicht daran, sich zu opfern und einen heroischen Tod zu suchen; er dinierte im Speisemagen zu Spa, lehte sich nach Holland in Bewegung, und an seiner Stelle erschoß sich der jüngste Bundesfürst, der legitime Gemahl der Königin, der Großherzog von Mecklenburg! Während die Heizer und Matrosen nach der vierjährigen Hölle hinter ihren Kanonen und Panzerplatten um ihr Leben zitterten, warf ein deutscher Fürst sein Leben weg, weil ihm vor Saft und Trüffel, vor Weibern und Liebesnaben spei-lübel wurde, und seine Leiche lag an der Schloßbrücke von Strelitz in voller Uniform im Wasser wie ein von der Vorschung bestimmter Wadensock des alten Regimes.

Und jetzt sollen wir den Sparern und Kriegsbeschädigten die letzten Groschen nehmen, um die Dirnen der deutschen Fürsten „abzuführen“ für ihr müßseliges Togetwert?
Werft ihnen die alten Tausender als Abfindung hin — und die eisernen Kreuze dazu!

Die Elektrizitätsversorgung Englands. Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt: Der Regierungspian für eine beträchtliche Steigerung und Verbilligung der Versorgung Englands mit Elektrizität ist jetzt fertiggestellt. Die Vorbereitungen des Plans hat Jahre gedauert. Seine Einzelheiten werden wahrscheinlich im Laufe des Januar bekanntgegeben werden. Es handelt sich um einen Plan zur Gruppierung der elektrischen Unternehmungen nach Bezirken, der eine erhebliche Herabsetzung der Zahl der Kraftstationen und die Errichtung von Großstationen und Ueberleitungsleitungen bezweckt. Unter den Vorteilen, die von der Durchführung erwartet werden, werden dem Berichterstatter zufolge genannt eine leichte Verminderung der Produktionskosten, Verminderung des Rauches in Fabriksiedeln, ebenso Verminderung der Mächt vom Lande nach den Städten, Wiederbelebung der Landwirtschaft usw. Der Plan werde voraussichtlich im Parlament schon zu Anfang der neuen Session zur Genehmigung unterbreitet werden.

Museumsführungen. Sonntag, den 17., 10 Uhr vorm. finden amtliche Führungen im Neuen Museum (Vor- und Prüßzell Regentens) — Dr. Wolf — und im Kaiser Friedrich-Museum (Rom) — Graf Schatthaler — statt. Zulasskarten zu je 50 Pf. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Lübings Tage. Professor der Nationalökonomie und Direktor des Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminars an der Universität Leipzig, ist im Alter von 56 Jahren in Oberhof plötzlich gestorben.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluss des außerordentlichen sozialistischen Kongresses, sich nicht an einer von Radikalsozialisten gebildeten Regierung zu beteiligen, bietet keine Ueberraschung. Der gebundene Charakter des Mandats der Delegierten schließt jede Ueberraschung aus! Er macht allerdings, wie es einer der Redner zum Schluss der großen Debatte betonte, aus dem Kongress lediglich einen Registrierapparat. Noch auf keinem der früheren Kongresse hat sich den Vertretern der Föderationen so stark das Gefühl aufgedrängt, daß Kongresse eigentlich überflüssig waren, wenn es bei dem jetzigen Abstimmungsmodus bleibt, das auch noch andere Folgen hat, wie z. B. die, daß der Einfluß der großen Föderationen dadurch übermäßig wird. Hätten sich auf dem Kongress z. B. nur die 420 Mandate der Nordföderation geteilt, anstatt fast einstimmig gegen die Beteiligung abzugeben zu werden, so wäre das Ergebnis des Kongresses schon ein anderes gewesen. Es ist jedenfalls keine Frage, daß sowohl der gebundene Charakter der Mandate, als auch der Abstimmungsmodus selbst in der nächsten Zeit im Anschluß an den außerordentlichen Kongress innerhalb der französischen Partei zur Diskussion gestellt werden.

Dreierlei wesentliche Rüge kennzeichnen den Kongress und seinen Ausgang. 1. Der sehr starke Fortschritt, den der Gedanke der Beteiligung an der Regierung auf der Basis eines fest umrissenen Aktionsprogramms zusammen mit der radikalen Partei seit einem halben Jahre gemacht hat. 2. Der außerordentlich kameradschaftliche Ton, in dem unter schärfster sachlicher Betonung der Auffassungen die ganze Debatte geführt wurde, und 3. endlich das, was der Berichterstatter der Resolution zugunsten der Beteiligung, der Abgeordnete Pressemane, der selbst noch im vergangenen Sommer zu den energischsten Bekämpfern der Beteiligung gehörte, in seinem Schlusswort feststellte: Die Tatsache, daß das Prinzip einer eventuellen Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen, linksbürgerlichen Elementen in einer Regierung zum ersten Male in der Geschichte des französischen Sozialismus einstimmig von einem Kongress gutgeheißen wurde. Diese Einstimmigkeit mag zu einem — übrigens sehr geringen — Teil künstlich sein, da die kleine Gruppe um J. P. M. die Oberhaupt von keinerlei Beteiligung etwas wissen will, diesmal aus taktischen Gründen für die Resolution Paul Raure-Debas stimmte. Aber es bleibt doch die entscheidende Tatsache bestehen, daß diese kleine Gruppe, um nicht ganz isoliert zu sein, sich gezwungen gesehen hat, einer Resolution zuzustimmen, die eine Beteiligung an der Regierung nur noch von der Wahl der Mandate abhängig macht. Pressemane knüpfte daran einige Hoffnungen, von denen die Zukunft lehren wird, inwiefern sie berechtigt und erfüllbar sind. Man ist in allen Parteien darüber klar, daß die Frage der Beteiligung im Laufe dieser Legislaturperiode wieder aufzuheben kann. Das bedeutet eine erste Enttäuschung für den Nationalen Block, der den Augenblick wieder einmal gekommen glaubte, um an die Regierung zurückzuführen. Zweifellos ist diese Rückkehr gegenwärtig nicht ganz ausgeschlossen. Das bedeutet den schweren Ernst der inneren Lage. Aber die sozialistische Kammergruppe wird auch nach dem Kongressbeschluss alles daran setzen, um es zu verhindern.

So wenig wahrscheinlich es ist, daß sie dem Kabinett Deland, nachdem es sich einmal auf die Doumerleche Bahn begeben hat, ihr Vertrauen gewähren kann, so entschlossen ist sie, einer zum Kampf gegen die Inflation, gegen die bolschewistischen Strömungen und für die volle Ausführung der Locarno-Politik bereitete Linksregierung ihre vollste Unterstützung zu geben. Der am Dienstag früh von der radikalsozialen Fraktion einstimmig gefasste Beschluss, die Doumerleche Projekte abzulehnen, kann in dieser Hinsicht dieses ermächtigen. In der Finanzkommission sowohl als im Plenum ist die sozialistische Fraktion entschlossen, die Doumerlechen Projekte scharf zu bekämpfen und es ist wahrscheinlich, daß sich das schon in der Mittwochsitzung der Finanzkommission klar zeigen wird. Aber der Entscheidungskampf darum wird wohl nicht wie gegenüber Doumerle in der Kommission, sondern im Plenum zum Austrag gebräut werden. Dann wird sich zeigen, ob es dem Kongressbeschluss zum Trotz noch eine Linksmehrheit gibt. So wie die Dinge heute liegen, erscheint das wahrscheinlich, da weder die Radikalsozialisten noch diejenigen Sozialisten, die für die Beteiligung eintraten, daran denken, Katastrophenspolitik zu treiben und den Ereignissen etwa einfach ihren Lauf zu lassen, auch wenn das die Bildung eines verschleierten Nationalen Blocks bedeuten sollte.

Zwischen den Radikalsozialisten und den Sozialisten haben am Dienstag wichtige Besprechungen stattgefunden, und es ist sehr wohl möglich, daß die Presse des Nationalen Blocks das zum sonderlichsten Maße endgültig begrabene Linkskartell wieder unter furchtbarem pseudopatriotischem Gemühschmerz auch diesmal als wieder auferstanden wird begrüßen müssen.

Das Finanzprogramm des Linkskartells. Scharfe Kritik am Regierungsentwurf.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das von den drei Gruppen des linken Kartells ausgearbeitete Finanzprogramm ist jetzt in der Form eines Initiativesgesetzes in der Kammer eingebracht und von deren Bureau der Finanzkommission überwiesen worden. Seine Begründung gibt einleitend einen Überblick über den Stand der französischen Staatsfinanzen, die einschließlich der Verpflichtungen an das Ausland auf 463,8 Milliarden Franken beziffert wird. Er führt sodann aus, daß die Amortisierung dieser Schuld unmöglich aus ordentlichen Budgetmitteln in Angriff genommen werden könnte, um sich mit großer Schärfe gegen die der Regierungsvorlage zugrunde liegende Tendenz der Verquickung des Schuldenproblems mit dem der Bilanzierung des Budgets zu wenden. Als absolut unzulässig wird die Absicht des Finanzministers bezeichnet, die im Dezember von der Kammer bewilligte Erhöhung der Einkommensteuer, deren Ertrag von 3 Milliarden als einmalige und außerordentliche Abgabe zur Abdeckung der damals beschlossenen Erhöhung des Notenumlaufs gedacht gewesen sei, zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt heranzuziehen. Das Kartellprojekt vertritt demgegenüber die Forderung, daß diese 3 Milliarden restlos ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden und ein entsprechender Betrag der im Dezember ausgegebenen neuen Noten aus dem Verkehr zurückgezogen werde.

Auch der in der Regierungsvorlage unternommene Versuch, die Kosten zur Tilgung der Staatsschuld einseitig auf die Schultern

Hugenbergs Extrablatt.

Eine Herausforderung der arbeitenden Bevölkerung Berlins.

Gestern hat es in Berlin nicht wenig erstaunte Gesichter gegeben. Wie der Schnee vom Winterhimmel fielen Tausende und aber Tausende von Extrablättern in die Briefkästen von Proletarierwohnungen, in die flüchtig bereit gehaltenen Hände hostender Passanten. Das wäre an sich ja noch nichts Besonderes. Aber die Blätter trugen den Kopf „Berliner Lokal-Anzeiger“ und sie verhielten in großen Lettern dem erwartungsvollen Leser Auskunft über die heute wirklich aktuellen Fragen: Warum Teuerung? Konkurse? Arbeitslosigkeit?

So warum eigentlich? — Sozialistisch geschulte Arbeiter wissen, daß die unerhörte Krise der Gegenwart ein Rückschlag auf die Politik der industriellen Klassen in Krieg und Inflation ist. Kundige haben ihn lange voraus, damals, als Arbeiterfrauen mit dem Groschenverdienst einer langen Arbeitswoche vor den Butterböden Schlange standen in banger Furcht, sie könnten, wenn der neue Devisenkurszettel herauskam, überhaupt nichts mehr für die Papierlappen kaufen, die man Geld nannte. Mit dem Versinken des Mittelstandes im Sumpf der Inflation, mit dem ungeheuerlichen Wundraub, den man durch die Rotenpresse jahrelang am arbeitenden Volk getrieben, erkaufte die Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die gewaltigen Sachwerte, errichteten sie Fabriken, die heute leer und verodet dastehen. Sie produzierten im gediehlern Raum. Sie verzichteten manchmal selbst auf den Verkauf ihrer Waren — denn Sachwerte, so meinten sie, konnten nicht von den Werten zerfallen werden, die die deutsche Währung zernagten und den Arbeitenden wie den Sparern um Lohn und Ersparnis brachten. Welche schöne und herrliche Zeit!

Jetzt ist der Regenhammer da. Jeder Knabe, der nach 1919 das Alphabet erlernte, weiß, woher die heutige Krise kommt. Mit Recht konnte man gespannt sein, welche Deutung das Blatt der geistig Minderbemittelten dieser Entwicklung geben würde.

Einfacher, als sonst in Menschentöpfen, maßt sich im Reich der Schreibfische Hugenbergs die Wirtschaftsgeschichte. Die Leute, die im Erfinden verleumdeter Nachreden gegen die Sozialdemokratie wochenlang den Nachweis politischer Charakterstärke erbringen zu können glaubten, wissen sich auch jetzt Rat. Der ganze Inhalt der Patentlösung lautet: Am 1. September 1924, dem Tag des Inkrafttretens des Dawes-Planes, entstand die deutsche Wirtschaft. Vorher gab es nichts, neben dem Dawes-Plan gab es seitdem auch nichts. Und weil dem so ist, muß die Krise natürlich eine Folge des Dawes-Planes sein! Wer's nicht glaubt, bezahle einen Taler.

Es fällt tatsächlich schwer, sich mit einem solchen Elaborat ernsthaft zu befassen. Und doch ist es notwendig. Mit ihrer gehässigen Kritik am Dawes-Plan — die übrigens der des „Lokal-Anzeigers“ in manchen Punkten fast wörtlich gleicht — haben die Kommunisten bei einem Teil der Arbeiterschaft die Stimmung geschaffen, die der Propaganda des Schwerindustriellen „Lokal-Anzeigers“ günstig ist. Anstatt zu zeigen, wie diese Krise mit ihren schweren Auswirkungen für die Arbeiterschaft nur eine Folge der durch Krieg und Inflation gestärkten Wirtschaftspolitik machtvoller kapitalistischer Gruppen ist, haben sie den deutschnationalen Freunden des Schwerkapitals die besten Dienste geleistet; indem sie gegen den Dawes-Plan kämpften, stellten sie sich schühend vor die Schuld der Stinnes, Hugenberg, Hesse und wie sie alle heißen — vor die Schuld kapitalistischer Interessenten am Wirtschaftsleiden der Gegenwart.

Der Dawes-Plan ist im letzten Jahr so gut wie gar nicht wirksam gewesen. Von der ersten Reparationsmilliarde, die gezahlt wurde, kamen vier Fünftel aus dem Ertrag der großen Auslandsanleihe — der Rest von 200 Millionen, noch nicht 5 Proz. der öffentlichen Kosten überhaupt, ist von Deutschland aufgebracht worden. Erst mit September 1925 sind die Zahlungen erhöht. Seit diesem Monat ist noch nicht soviel gezahlt worden, wie die deutschnationalen Politik den Hohenzollern auf einem einzigen Brett anbietet! Würde man alle Ansprüche der abgedankten Fürsten samt ihren Mätressen zusammenrechnen, Ansprüche, deren Erfüllung von deutschnationalen Politikern sogar im Reichstag vertreten werden, so ergäbe das eine Summe, die hinter den Gesamtleistungen Deutschlands im laufenden zweiten Dawes-Jahr nicht wesentlich zurückbleibt.

der breiten Masse der Verbraucher abzumähen, statt die dafür erforderlichen Mittel aus einer Erfassung des Vermögens flüchtig zu machen, wird in schärfster Weise bekämpft. Zum Ausgleich des Budgets schlägt der Entwurf in seinem ersten Teil vorliegende Initiativesgesetzentwurf vor: 2 Milliarden aus der Verbesserung der Veranlagung und Erhebung der direkten Steuern, 800 Millionen aus der Erhöhung des Börsenumschlagsteuereis, 1 Milliarde aus der Einführung einer Exportabgabe, die zu gleicher Zeit dazu dienen soll, den aus der Zerrüttung der französischen Währung resultierenden Unterschied zwischen dem französischen und dem ausländischen Preisniveau wenigstens zu einem Teil der Staatskasse zuzuführen, 500 Millionen aus den Rückständen der Kriegsgewinnabgabe und 500 Millionen aus der erst. Erhöhung der Verkaufspreise für die Tabakerzeugnisse. Weitere 800 Millionen sollen aus Ersparnissen im Ausgabenbudget gewonnen werden. Die Gesamtheit der aus diesem Reformprogramm zu erwartenden Mehreinnahmen wird auf 5,6 Milliarden beziffert, so daß über das auf 4,5 Milliarden geschätzte Defizit hinaus ein Ueberschuß von etwa einer Milliarde verbleiben wird.

Die Finanzkommission der Kammer wird sich am Dienstag oder Mittwoch darüber zu entscheiden haben, welches der beiden Projekte sie zuerst beraten wird. Da der Finanzminister für die Regierungsvorlage die Priorität beantragt hat und andererseits die Mehrheit der Kommission wenig Neigung zeigt, Herrn Doumerle ebenso brüst abzuwahren zu lassen wie seinen Vorgänger Loucheur, ist anzunehmen, daß zunächst mit der Diskussion des von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurfes begonnen wird. Als ziemlich sicher kann allerdings angenommen werden, daß er eine Mehrheit nicht findet und demgemäß die Kommission in ihrem Bericht an die Kammer dieser die Ablehnung empfehlen wird.

Anzweifelhaft hat die radikalsozialistische Kammerfraktion in Anwesenheit von Herrlot und W. a. g. dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, ein Kompromiß zwischen dem Programm der Regierung und dem der Kartellparteien abgelehnt.

Sir Ronald Lindsay britischer Botschafter in Berlin: Als Radikaler des britischen Botschafters in Berlin, Lord d'Albarnon, ist der bisherige englische Botschafter in der Kaiser, Sir Ronald Lindsay, in Aussicht genommen.

Liebedienerei vor den Fürsten ist angestammtes Vorrecht des „Lokal-Anzeigers“. Ihre Ansprüche sind keine „Ausweitung Deutschlands“. Wenn aber verantwortungsbewusste Parteien und Politiker dem Dawes-Plan trotz schwerer Bedenken zustimmen, wenn sogar der Besitzer des „Lokal-Anzeigers“ als Reichstagsabgeordneter sich vor einer klaren Entscheidung zu drücken suchte und sich der Stimme enthielt, so ist das eine andere Sache: „Wir haben uns verkauft, und zwar — zu billig verkauft“ — ruft heute das schwerindustrielle Blatt aus.

Die Sozialdemokratie und mit ihr die bürgerlichen Parteien der Mitte und der Linken, die für den Dawes-Plan eintraten, stehen noch heute zu ihrer Verantwortung. Sie stimmten dem Londoner Vertrag zu, weil sie in den gewaltigen Opfern, die er dem Volke auferlegte, den Kaufpreis für die politische Befreiung Deutschlands und für die Wiederkehr friedlicher Zustände in Europa sahen. Ohne Dawes-Plan keine Räumung des Ruhrgebiets und kein Locarno, ohne Locarno keine Räumung des Rhins. Die Politik der Versöhnung, die die Sozialdemokratie seit dem von den Monarchisten verschuldeten Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrieg getrieben hat, trägt jetzt ihre Früchte in der Außenpolitik. Die Deutschnationalen aber vergießen Krokodilstränen über angebliche Wirkungen des Dawes-Pactes, dem 50 Proz. ihrer Partei zugestimmt haben, den sie auch durch ihre Haltung zu den Locarno-Verträgen bestätigt haben! Haben sie das gegen eine bessere Ueberzeugung getan? Fast scheint es heute so. Sicher aber ist es, daß sie mit ihrer Unterstützung der heute von ihnen verästelten Erfüllungspolitik politische Vorteile, Ministerposten und Kornzölle erkaufen haben. Sie sind „national“ in Worten, sie sind Erfüllungspolitik, wenn sie dafür bezahlt werden. Das ist deutschnationaler Politik.

Und weil die Untreue ihren eigenen Herrn schlägt, werden die Nationalen auch kein Glück damit haben, wenn sie jetzt aus Angst vor ihren Taten von den Spuren ihrer eigenen Verantwortung ablenken wollen. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, der Dawes-Plan habe die Schuld an der Krise. Will Herr Hugenberg, der Besitzer des Scherl-Verlags, auch glauben machen, daß an dem Bankrott seiner Landbank die Dawes-Lasten Schuld trugen? Er sollte das ruhig tun. Denn es steht längst fest, daß fehlgeleitete Spekulationen den Zusammenbruch dieses Unternehmens bewirkten, für das er in seiner geschäftstätigen Art staatliche Hilfe durch seine Presse fordern ließ, als er hereingefallen war. Wie Hugenberg mit seiner Landbank, so ging es dem überwiegenden Teil der deutschen Industrie. Es half ihr nichts, daß sie jahrelang den Arbeiter um seinen Lohn betrog und die letzten Pfennige des Sparers mit Hilfe der Rotenpresse in die eigene Tasche lenkte — heute hat sie sich überspekuliert. Heute wirft sie die Arbeiter auf die Straße, weil sie infolge zu hoher Preise und zu niedriger Löhne keine Beschäftigung zu schaffen vermag, weil ihr das Betriebskapital fehlt, das sie — wieder mit Hilfe der Rotenpresse — zerstörte oder in Anlagen verwandelte. Das sind die wahren Ursachen der Krise. Sie war unpermissiv, weil die Arbeiterklasse politisch nicht einig und daher nicht stark genug war, dem Inflationstaumel rechtzeitig ein Ende zu bereiten, weil außerpolitischer Druck die innere Handlungsfreiheit des deutschen Volkes außerordentlich einschränkte. Heute ist die Inflation vorbei. Ihre vergiftenden Früchte aber sind es, die Unternehmer und Arbeiter mit der Krise jetzt zu spüren bekommen. Nun sind die Sprachrohre der Schwerindustrie bei der Hand, um den Massen vorzuposaunen, die republikanischen Parteien hätten mit dem Dawes-Pact die Wirtschaftskrise heraufbeschworen!

Nie wurde bösserer Dummenfang getrieben. Wer ihm zum Opfer fällt, verdient es eigentlich nicht besser. Daß aber derartige Zumutungen in einem Blatt gestellt werden, das leider noch immer Eingang in Arbeiterhaushaltungen findet, sollte manchem die Augen öffnen. Der planmäßigen Irreführung durch die Presse des Großkapitals entgeht man nur, wenn man die Arbeiterpresse liest und fördert und sich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft anschließt.

Völlige Kabinettsumbildung in Wien. Vier Minister scheiden aus.

Wien, 12. Januar. (CP.) Weder alles Erwarten wird die Umbildung des österreichischen Kabinetts, die durch den Rücktritt des Außenministers Mataja und des Ackerbauministers Buchinger notwendig geworden ist, doch größeren Umfang annehmen, als ursprünglich vorausgesehen wurde. Die christlichsozialen Landeshauptheute hielten heute während des ganzen Tages eine Konferenz ab, in der die Richtlinien der Regierung für die Sanierung der Wirtschaft und die Frage der Umbildung des Kabinetts zur Diskussion standen. Die stierischen Abgeordneten unter Führung des Finanzministers Dr. Ahrer und des Abgeordneten Dr. Gurtler vertreten den Standpunkt, daß die Regierung das durch die stierischen Vertreter ausgearbeitete Wirtschaftsprogramm sich zu eigen machen möge. Die stierische Gruppe konnte jedoch mit ihrem Sonderstandpunkt gegen die Mehrheit der christlich-sozialen Partei nicht durchdringen. Wie spät abends bekannt wird, wird sich infolgedessen die Umbildung des Kabinetts Komel nicht nur auf die Portefeuilles des Äußeren und des Ackerbaues beschränken, sondern es stehen auch andere wichtige Änderungen in der Zusammenstellung der Regierung bevor. Finanzminister Dr. Ahrer wird aus der Regierung ausscheiden und sein Amt dem Bürgermeister von Baden, Kollmann, überlassen, der ein Vertrauensmann der niederösterreichischen Christlich-Sozialen und seit 1920 Vorsitzender des Budgetausschusses ist. Dagegen tritt an Stelle des Landwirtschaftsministers Buchinger ein Stierler, und zwar der Bauernbündler Würchegger in die Regierung ein. Die Stelle des Außenministers Dr. Mataja bleibt unbesetzt, und die Geschäfte des Außenministeriums wird Bundeskanzler Dr. Komel, unterstützt von dem ersten Sektionschef im Außenministerium, Dr. Peter, übernehmen.

Die Regierung wird in der Nationalratsitzung am Donnerstag, den 14. Januar ihre formelle Demission geben und auf Beschluß der Mehrheitsparteien unverzüglich mit der Fortführung der Geschäfte und der Umbildung des Kabinetts betraut werden. Ob die Verhandlungen über die Rekonstruktion des Kabinetts am Donnerstag beendet ist, erscheint zweifelhaft.

Gewerkschaftsbewegung

Betätigung für die erwerbslose Jugend!

In unserer Montagausgabe vom 11. Januar haben wir auf das Beispiel Düsseldorf hingewiesen, die erwerbslosen Jugendlichen in ihrer freien Zeit mit nützlichen Arbeiten und Sport und Spiel zu beschäftigen. Wir freuen uns, heute mitteilen zu können, daß auch in Berlin bereits ähnliche Bemühungen erfolgen. Die eben erschienene Januar-Nummer der Kunstgemeinde Treptow (das Mitteilungsblatt des Volksbildungsausschusses Treptow) beschäftigt sich auf leitender Stelle mit der „Kulturpflicht gegenüber der erwerbslosen Jugend“. Neben der Verpflichtung der Gesellschaft, für ausreichende materielle Unterstützung und Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen, wird die Gesellschaft hier zur Erfüllung ihrer Kulturpflicht gegen die Erwerbslosen, vornehmlich gegen die erwerbslose Jugend, aufgefordert. In den grauen Tag der erwerbslosen Jugendlichen ein wenig Sonne, wirkliche Freude, Anregung zu geistigen Betätigungen, Bedienung des edlen Selbst hineinzutragen, ist für die Jugendämter das Gebot der Stunde.

Das Bezirksjugendamt Treptow hat, wie aus dem Blatt weiter hervorgeht, für die kommende Woche Lichtbildervorträge für die männliche und weibliche erwerbslose Jugend in Jugendheimen vorgesehen. In Aussicht genommen sind weiter Rezitationsveranstaltungen helleren und lustigen Inhalts, Vorträge, gesellige Zusammenkünfte in den Jugendheimen, Führungen durch Museen usw., K. Kurklim-Darbietungen und für die weibliche Jugend ein Abkürzungs. Die Firma Singer hat bereits einige Nähmaschinen für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt und von den industriellen Unternehmungen wird erwartet, daß sie das weitere Material für diesen Zweck stiften werden. Auch für die erwachsenen Erwerbslosen ist die erste Veranstaltung des Volksbildungsausschusses mit Genossen Bruno Schönlaak als Vortragender und Rezitator angefündigt.

Es handelt sich bei diesen Veranstaltungen um die ersten Versuche einer Kulturarbeit an den Erwerbslosen. Von dem Interesse der Erwerbslosen selbst wird der weitere Ausbau derartiger Zusammenkünfte, der sowohl vom Volksbildungs- wie vom Jugendamt Treptow beabsichtigt ist, abhängen. Die Beteiligung an diesen Veranstaltungen beruht zum Unterschied von dem Düsseldorf Beispiel auf Freiwilligkeit der Erwerbslosen. Man will zunächst die Erwerbslosen für diese Kulturarbeit zusammenschließen, die ein inneres Bedürfnis hierfür empfinden, und man hofft, daß die Veranstaltungen, infolge ihrer freudpendenden Wirkung, immer weitere Kreise der Erwerbslosen anziehen werden.

Jedenfalls sind die Bemühungen des Jugendamtes und Volksbildungsausschusses Treptow nur zu begrüßen, und es ist zu wünschen, daß sie große Scharen Erwerbsloser erfassen.

Es anerkennt man die Bemühungen des Treptower und vielleicht einiger anderer Jugendämter Groß-Berlins auch sind, so lassen sie doch deutlich erkennen, wie vieles auch auf diesem Gebiete der Berliner Magistrat bisher versäumt hat. Berlin müßte auf diesem Gebiete vorbildlich für alle deutschen Städte sein. An den erforderlichen Einrichtungen und Kräften fehlt es wahrlich nicht, um aus der Not der Arbeitslosigkeit die Tugend geistiger und körperlicher Bildungsmöglichkeit zu machen. Was alles könnte hier geschehen und was ist bisher getan worden? Gewerkschaften und Jugendämter sollten zunächst zusammenwirken, um die vorhandenen Ansätze großzügig zu entwickeln. Es muß jedoch rascher gehen, als mit den Notstandsarbeiten.

Unterstützung hilfsbedürftiger Lehrlinge.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit wird es vielen erwerbslosen Familienältesten sehr unendlich, ihre in der Lehre befindlichen Kinder bei den meist sehr niedrigen Kostgebühren weiter im Lehrverhältnis zu belassen. Es erscheint daher angebracht, darauf hinzuwirken, daß vor einiger Zeit der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Berlin auf Anregung des Landesberufsausschusses der Deputation für Handel und Gewerbe 80.000 M. zur Unterstützung hilfsbedürftiger Lehrlinge zur Verfügung gestellt hat. Diese Deputation hat hierfür folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Zweck der Unterstützung. Die Unterstützung soll dazu dienen, die Heranbildung eines ausreichenden, hochwertigen beruflichen Nachwuchses in Handwerk, Handel und Industrie zu fördern.
2. Kreis der Unterstützungsberechtigten. Zu unterstützen sind: a) solche in der Ausbildung befindlichen Personen, die infolge wirtschaftlicher Not vor der Gefahr stehen, ihre Lehre aufzugeben; b) solche Personen, die geeignet und geeignet sind, einen Beruf zu erlernen, aber infolge wirtschaftlicher Not die Lehrgelt nicht aus eigenen Kräften durchhalten können.
3. Voraussetzung für den Empfang der Unter-

stützung. Die Unterstützung darf nur gewährt werden, nachdem nachgeprüft ist, a) die wirtschaftliche Bedürftigkeit, b) die berufliche Eignung, c) das Vorhandensein eines ordnungsmäßigen Lehrverhältnisses.

4. Die Art und Höhe der Unterstützung kann bestehen: in der Beschaffung notwendigen Lehr- und Unterrichtsmaterials (z. B. Werkzeug), Arbeitskleidung, Fahr- und Schulgeld als auch einer monatlichen Wirtschaftshilfe. In der Regel werden etwa im ersten Lehrjahr 420 M., im zweiten Lehrjahr 300 M. und im dritten Lehrjahr 180 M. zu gewähren sein.

5. Antrag auf Unterstützung. Der Antrag auf Unterstützung ist an die zuständigen Bezirksberufsausschüsse (Berufsberatungsstellen) zu legen, welche die vorstehend aufgeführten Voraussetzungen nachprüfen und sich darüber gutachtlich zu äußern haben.

Ueber die Art und Höhe der etwa zu gewährenden Unterstützung entscheidet der Vorsitzende der Deputation für Handel und Gewerbe in Gemeinschaft mit einer Kommission, die aus fünf Mitgliedern der vorgenannten Deputation und einem Vertreter des Landesberufsausschusses besteht.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt an den Erziehungsberechtigten des Empfängers oder den sonstwie dazu bestellten Bevollmächtigten nach der Weisung der Deputation.

Flaß der Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe.

Von der zuständigen Organisation wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe hatte seinerzeit beim Landgericht eine Feststellungsklage gegen die Angestelltenorganisationen anhängig gemacht zur Feststellung, daß ein für verbindlich erklärter Tarifvertrag rechtmäßig sein solle, und ferner zur Feststellung, daß die Angestelltenorganisationen nicht die Legitimation zum Fördern und Durchführen von Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe hätten.

Während die Arbeitgeber die Klage bezüglich des ersten Punktes anscheinend wegen der Aussichtlosigkeit im Laufe des Termins zurückgezogen, bestanden sie in bezug auf den zweiten Punkt auf Urteilsfällung.

Rund hat das Landgericht, wie nicht anders zu erwarten war, die Klage der Arbeitgeber abgewiesen.

Außerordentlich interessant und typisch waren die Ausführungen des gegnerischen Rechtsanwalts in dem Verhandlungstermin vor dem Landgericht. Da wurde von dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes wohl gestanden, daß diese Rechtsfrage bezüglich der Legitimation der Gewerkschaften bereits durch mehrere Urteile bis in letzter Instanz geklärt sei, aber nichtabgemindert müsse das Gericht nochmals seinen Standpunkt nachprüfen, denn die früheren Entscheidungen bzw. die diesbezüglichen Rechtsbestimmungen seien zu einer Zeit ergangen, wo die sozialpolitischen Rechtsverhältnisse ganz anders gelagert waren als heute. — Immerhin ein bemerkenswerter Beitrag in bezug auf die jetzt gerade zur Diskussion stehende Frage des Rechtsanwaltszwanges bei den kommenden Arbeitsgerichten höherer Instanzen, wo gerade die Rechtsanwälte immer behaupten, durch ihr Dazwischentreten würden die Diskussionen lediglich auf das Rechtsgebiet geführt werden.

Dah in Berlin der als reaktionär bekannte Arbeitgeberverband des Zeitungsgewerbes sich erst durch ein Landgerichtsurteil über die Rechtslage belehren läßt, nimmt uns nicht wunder. Aber interessant ist es zu sehen, daß alle die „demokratischen“ Zeitungen, wie z. B. „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“, „Morgenpost“, „Volkszeitung“, „Germania“ es mit ihrer angeblich demokratischen Gesinnung bzw. mit ihrem Eintreten für Demokratie vereinbaren können, wenn ihre Zeitungsverlage die klarsten Bestimmungen des Tarifrechts bzw. der Reichsverfassung mißachten.

Der Bohndruck in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Freiburg i. B., 12. Januar. (RTS.) Die Streikbewegung der Schwarzwälder Uhrenindustrie hat seit Beginn dieser Woche wesentlich an Umfang zugenommen. Seit heute werden die größeren Betriebe in Triberg betroffen. Der Ausschuss des Arbeitgeberverbandes hat heute eine Sitzung abgehalten, in der die Gesamtsperreung beschlossen wurde für den Fall, daß bis Donnerstag vormittag die Arbeit in den betroffenen Betrieben nicht wieder aufgenommen ist. In das Reichsarbeitsministerium wurde folgendes Telegramm gerichtet: Nachdem trotz Andauerung einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium die Streikbewegung in unserem Verbandsbereich seit Beginn dieser Woche erheblich an Umfang zugenommen hat, fühlen wir uns außerstande, an der anberaumten Besprechung am Donnerstag teilzunehmen.

Die Unternehmer wollen also jetzt die Bohndrängung um 6 Prozent durch Aussperreung erzwingen. Selbst wenn ihnen dies gelingen sollte, müßten sie den „Sieg“ teuer erkaufen.

Internationale Transportarbeiter-Föderation.

Amsterdam, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Transportarbeiter-Internationale haben sich neureichs der Walchingerbund der Fischhändler mit 5000 Mitgliedern, der Deutsche Eisenbahnerpersonalverband mit 80.000 Mitgliedern, ein Eisenbahnerbeamtenverband in Jugoslawien mit 2000 Mitgliedern und der Deutsche Seelenteuband mit einer noch unbekanntem größerer Mitgliederzahl angeschlossen. Der Bund spanischer Chauffeur plant ebenfalls seinen Anschließ. Anfang Januar hat die Transportarbeiter-Internationale ihr Monatsblatt auf 18 Seiten vergrößert und u. a. in schwedischer und spanischer Sprache erscheinen lassen.

Kommunistischer Garniturenwechsel.

Auch in Amerika.

(N.B.) Der General und ehemalige Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Kommunisten, William Foster, ist laut Nachrichten des Internationalen Arbeiterprekidiates abgesetzt worden. An der Spitze der Exekutive der Arbeiterpartei, deren Mitglieder die mehrheitliche Gruppe Fosters verdrängt und jedenfalls ein besseres Rezept für die Herbeiführung der Revolution in Amerika gefunden hat, steht nun ein gewisser P. Green, der vor einigen Monaten mit einer Juwelenfirma Sinowjews in Amerika eintrat und die Arbeiterpartei im Sturm eroberte.

Die kommunistische Garniturenwechsel-Epidemie reicht also über den Ozean. Der Umschwung vollzog sich nach bewährtem Muster, indem Green den Auftrag erhielt, den Konflikt in der Exekutive zu „liquidieren“. In diesem Sinne wurde eine Parteikommission ernannt, in der die Majorität (Foster) und die Minorität (Nebenburen) vertreten waren. Green verfügte, daß die Minorität der Linie der Komintern näher sei und damit war Foster gestrichelt. Dieser wird nun wahrscheinlich mit seiner Majorität selbst einen Laden ausmachen und seine Spiegel auf die Bearbeitung der Gemeinlichkeiten gerichteten Anstrengungen fortsetzen, es sei denn, daß durch die Niederlage Sinowjews in Russland seine „Linie“ nach einigen Krümmungen wieder als die richtige anerkannt wird.

Die nächste Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftsdelegierten ist vom Vorstand des Ortsausschusses des UDB zu Montag, den 18. Januar, abends 6 1/2 Uhr, nach dem Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, einberufen worden. Die Versammlung befaßt sich mit dem Thema: Das Arbeitslosenproblem und die Gewerkschaften, worüber der Genosse Siegle referieren wird. Die Einladung und die Delegiertenkarte dienen als Ausweis.

Zugleich sei auf die Versammlung am Freitag, den 22. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses hingewiesen, die von den Ortsausschüssen des UDB und des UDB-Bundes veranstaltet ist, um den Leiter des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, über das Amt und seine Aufgaben zu hören. Hierzu wird besonders um bestimmtes und pünktliches Erscheinen ersucht.

Eine Protestkundgebung der Berliner Bankangestellten hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten gegen den Unternehmensverband und die ihm verbündeten Ministerien zu morgen, Donnerstag abend, 6 1/2 Uhr in den Sophienkassen einberufen.

Knechtsteden. Fractionsversammlung morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Hotel von Ross, Oststr. 25. Wir erwarten zahlreiche Erscheinungen. Der Fractionsvorstand.
Wahlung. E. D. Heißel. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr bei Herrn, Neue Friedenstr. 1, wichtige Versammlung aller Fraktionsmitglieder. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. Der Fraktionsvorstand.
Wahlung. Spandauer Betrieb. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr in Spandau, Bismarckstr. 10, Versammlung aller E. D. Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Spandauer Betriebe. Sehr wichtiger Konferenzabend. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Bank der jüdischen Kaufleute und Bankiers, Octavermählung Berlin, Gemeinnützige Mittelbererammlung der Frauengruppen Baumberg, Rühlstein und Steinmetzstraße am Donnerstag, 14. Januar, 7 1/2 Uhr, im Hotel „Zur alten Gebrüderstraße“, Berlin SW, Jerusalemstr. 8, am Dönhofsplatz.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Eilers; Kultur: Dr. John Schlimm; Solos und Solos: Reich Ruchardt; Wissenschaft: H. Gleditsch; Journalist in Berlin: Berling; Fortschritt: Fritz G. M. B.; Berlin: Stadt: Hermann-Tuchenschütz und Verlagsanstalt: Paul Simon; u. G.; Berlin SW: Eidenbüchel 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge

Übernimmt man nur dem Radweiss des Deutsch-Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Königsplatz 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Betriesterbuch

Theater, Lichtspiele usw.
Volksbühne 8 Uhr Vom Leben Augustin Morgen 8 Uhr Vom Leben Augustin
Lessing-Th. 1. Akt, 8 Uhr Maiermax Musik v. H. Hirsch
Kleines Th. 8 Uhr Die Rutsche der belligeren Liebe Boulevardtheater Regie: Goldberg
Th. a. Hollendorfer 8 Uhr Die offizielle Frau Operette in 3 Akten Preise 1 M. bis 10 M.
Städtische Oper Charlottenburg 7 Uhr Aida Abonn.-Turnus IV
Deutsches Theater 7 1/2 Uhr Das Mädchen v. Helldorn von Kluge Regie: Eugen Kipper Preise 1 M. bis 10 M.
Kammerspiele 8 Uhr Lysistrata von Danna Regie: E. Engel Preise 4 M. bis 12 M.
Central-Theater 8 Uhr Der Fremde

Großes Schauspielhaus
Fünf Dicht CHARELL-REVUE TÄGLICH 8 1/2
Trianon-Theater Tel. Centr. 2391 Täglich 8 Uhr: Das Gespensterschiff von Rud. Lothar u. Oscar Ritter Ein lustiges Abenteuer an Bord
Residenz-Th. 8 Uhr Die Durchgängerin Erika v. Tellmann Kurt Veppermann Preise v. 1—10 M.
Thalia-Th. Letzte Vorstellung 8 Uhr: Annemarie Preise v. 1—9 M.
Operette 12.1. 7 1/2 Eberhard-Soynd Lene, Lotte, Liese Jasminens Tochter Molly Weesay Josephine Dora Oscar Sabo Georg Basel
Theater in der Kammandantent. Letzte Vorstellung 8 Uhr Die blonden Mädchen Preise von 1—5 M. Ab. Donnerstag 14. 18.1. 8 Uhr Annemarie

PICCADILLY (Untergrundbahnhof) (Bismarckstraße) Täglich 6 45 und 9 Uhr
Priscilla Dean
Die Sirene von Sevilla 7 Akte von Starkämpfern und schönen Frauen (P. D. C.-Film)
Die rasige Künstlerin hat als „Bellaria“ die Herzen des deutschen Publikums im Sturm gewonnen.
Im Beiprogramm: Schnucki auf der Schatzinsel mit dem Wunderschimpanse Schnucki

WINTERGARTEN
Kurzes Gaspiel TAKKA-TAKKA Bazo ein Varietè-Spielplan größten Umfanges Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr halbe Preise Abends Anfang 8 Uhr Rauchen gestattet
Elite-Sänger Kochstr. 20. • Tel. Jopl. 109 27 18.1. 8 Uhr nach Sonntag abend 8 Uhr im halben Preise Volks- und Orbs Programm Liederspiel: „Neu am See“ • Besetzung: „Hä da — Prast Neujahr“

Deutsches Kunst-Theater 7 1/2 Uhr Die Teresina Th. a. Luftschiffbau Oschlosser Th. a. Luftschiffbau 8 Uhr: Der bühliche Weinberg Lustspielhaus 8 Uhr: Der blaue Vogel Wallner-Theater 8 Uhr: Kolportage
Walhalla-Theater Weinbergweg 8 1/2 Täglich 8 1/2 Das Mädchen ohne Ehr Sensationsstück mit Musik Parkett nur 30 Pf.
Die Komödie Kurfürstendamm 285/7 8 Uhr Gesellschaft von Galsworthy Regie: M. Reinhardt Preise 4 M. bis 12 M.
Neues Th. am Zoo Abend 8 Uhr Guido Thielscher v. wahre Jaktob 1. Teil 1—2 Uhr 2. Teil 2—3 Uhr 3. Teil 3—4 Uhr 4. Teil 4—5 Uhr 5. Teil 5—6 Uhr Touretten! unerschrocken!

Berliner Theater Revue-Operette 8 Uhr: Kessalinette
Theat. d. Westens Tägl. 8 Uhr Das Spiel u. die Liebe Sportel von Silber Friedenspreise Pl. 0,50 bis 10,—
Th. in d. Klosterr. 4 Uhr: Schwelende Jungfrau
Rose-Theater 8 1/2 Uhr Wunder der Flederbihi
Casino-Theater Täglich 8 Uhr Die tolle Posse Der Meisterboxer Der Kampf des Helden u. das neue Progr.

Circus Busch Täglich 7 1/2 Uhr Breitbart redivivus Original- Requisiten u. Kostüme in d. weltbekannt. Attraktionen In dr. 9. u. 10. Prg. Unwiderrufl. 15. Freitag, den letzte Aufführung Der Graf von Monte Christo
MEYROPOL VARIETÈ Das auserlesene Januar- Programm Elmer 1, 2 u. 3 M.

Admiralpalast Täglich 8 1/2 Uhr HALLER REVUE Adlung! Welle 505
Jeden Sonntag 1 Uhr die ganze Vorstellung zu halben Preisen!
Metropol-Theater Tägl. 8 Uhr die gr. Revuepoise No no Nanelle im dritten Akt Auftritt von Josma Sellm- Ralph Benatzki

Komische Oper 8 1/2 Dir.: James Klein Größte Revue der Welt Von A bis Z Parkett 6.— M. Preise 2.— bis 12.— M. (Logen 15.— M.) Vorverkauf ununterbr. geöffnet
Philharmonie 8 Uhr: Sinfonie Konz. d. Philharmonie Orch. Dirig.: Prof. Pröwer 9. Sinfonie (35 Sätze) Beethoven, Unvoll. Sinf. Schubert, Sel. Velt u. Kreis (Viol.)
KRAUSE- Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Etage
Reinshallen-Theater Abend 8 Uhr und Sonntags nachmittag 3 Uhr Stettiner Sängerkorps Herrn Britton, Max Steidl, Girard, Schröder, Welde, Nebe, Kroll, Fuchs, Brauer, Hamann u. Rudi Schröder, Nachmit. halbe Preise, volles Abend-Programm
Bühnen-Dreht 10 Nummern, Gesell- schaft Carl Braun Falkner-Orchester Tanz, Sologans
Erfolg haben inserate Vorwärts

Neue Welt A. Scholz: Hasenheide 100-114; Mittwoch, 13. Januar, sowie täglich: Bockbierfest in den bayer. Alpen 8 Kapellen • Neue Dekorationen 30 bayer. Madl Ausstoß des berühmten Bergschloß Jubil.-Bock Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr Voranzeige! Donnerstag, 14. Januar: Gr. Schweineschlachten



Der Teufel Alkohol spielt mit vielen sein böses Spiel. Ueberall mischt er sich ein. Hausfriedensbruch, Mord, Todschlag, Beleidigungen, Diebstahl usw. sind nicht selten auf sein Konto zu setzen. Eine hübsche Statistik gibt Bayern. Da erfährt man von einer ungeheuren Zunahme von Verbrechen, die im angetrunkenen Zustande begangen worden sind. Den 370 Verurteilungen im Jahre 1921 stehen 1135 Verurteilungen vom Jahre 1922 gegenüber. Darunter standen mehr als ein Drittel der Rechtsverlezer im Alter von 18 bis 25 Jahren. An der Spitze marschieren natürlich die ausgesprochenen Alkoholvergehen: die Körperverletzungen mit 474 Fällen gegenüber 204 Fällen im Jahre 1921, darauf folgen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, Sachbeschädigung, Bedrohung, einfacher Diebstahl, Hausfriedensbruch, Sittlichkeitsverbrechen.

In Wirklichkeit werden aber die Zahlen der Alkoholverbrechen noch viel größer sein. Wer mag all die kleinen Fälle registrieren, die Tag für Tag vor dem Einzelrichter abgeurteilt werden und bei denen der Alkohol seine Finger im Spiele hat. Hier einige zufällige, aus einer einzigen Gerichtsverhandlung vor dem Einzelrichter herausgegriffenen Fälle:

Das Strafenmädchen.

Was sollte sie ohne Alkohol beginnen? Mit seiner Hilfe würgt sie die Schmach ihres Lebens herunter. Aber manchmal vergrößert

er noch ihr Elend. Die 32jährige F. steht schon 11 Jahre unter Kontrolle. Hat sich drei Monate nicht gestellt. Unterhält ein Verhältnis mit einem alten Herrn, beabsichtigt, ehrliche Arbeit zu beginnen und hofft so, von der Kontrolle loszukommen. Schreibt auch einen Brief solchen Inhalts an den Beamten, dem sie sich sonst zu melden hat: Sie fürchtet dem Sittenbeamten unter die Augen zu kommen. Das aber geschieht doch, gerade als sie der Kokain- und Alkoholausschuss gefangen hält. Sie soll stiller werden. Sie wehrt sich, schlägt um sich und tragt. Sie wird in die Drohsche gesteckt, zertrümmert eine Scheibe, wird überwältigt und steht jetzt vor Gericht: Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die übrigen Beleidigungen, die sie dem Beamten an den Kopf geworfen hat, lassen sich kaum wiederholen. Man ließ sie auch ruhig fallen und hat keine Anklage erhoben. Sie erhält die gefälligst zulässige Strafe von zwei Wochen Gefängnis für den Widerstand und für das Sich-nicht-Stellen 3 Wochen Haft.

Der falsche Kriminalbeamte.

Friedrichstraße, Nachtbetrieb. Sittenmädchen, Zuhälter, Bürger, Fremde, Rauschgift, Betrunkenen... alles im schönsten Durcheinander. Der 26jährige L., der vor Gericht einen vorzüglichen Eindruck macht, sehr wohlgelegen, bescheiden und intelligent, war an dem Abend „voll“ und in einer höchst übermäßigen Laune; er entschädigte sich wohl unter dem Alkoholausschuss für sein zurückhaltendes Wesen im nüchternen Zustande. Es macht ihm Vergnügen, die Leute anzurempeln. Ein Kriminalbeamter beobachtet ihn. Allmählich wird ihm die Sache zu bunt. Er will ihn fästieren. Was, fästieren? „Ich bin auch Kriminalbeamter. Stillgestanden!“ Natürlich ist er es nicht und kommt ins Revier. Hier buchstabiert er seinen Namen. Der Beamte schreibt die von ihm ausgesprochenen Buchstaben hin, die nun als sein Name das Protokoll schmücken. Als er bei Abnahme des Fingerabdrucks seinen richtigen Namen nennt, erscheint der auf dem Protokoll hingeschriebene Name als intellektuelle Urkundenfälschung. Ein drohlicher Fall. Natürlich wird er wegen Urkundenfälschung freigesprochen, erhält 30 Mark Geldstrafe wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Der Versöhner und das Ueberfallkommando.

Knelpende Arbeiter. Streik unter Kollegen. Tätlichkeiten. Einer fährt dazwischen und will den Streik schlachten. Ein Schupmann erscheint. Er kann die Entwicklung der Dinge nicht übersehen. Er glaubt, daß der Vermittler der Schuldige sei und will ihn festnehmen. Der ist in seinen besten Gefühlen des Friedensstifters tief gekränkt und widersetzt sich. Der Schupmann sagt ihm energisch an. Natürlich leistet er der Staatsgewalt Widerstand, stößt den

Schupmann gegen die Brust. „Sie haben hier nichts zu tun!“ Nun wird auch der Schupmann rabiat. Großer Tumult. Der Schupmann fühlt sich bedroht, zieht die Waffe, erklärt, er würde schießen. Das Ueberfallkommando wird alarmiert. Zornig steht der „Friedensstifter“ nun vor dem Richter. Befürchtet, seine Arbeit zu verlieren und bittet um Geldstrafe. 80 Mark, eine harte Sühne, muß er zahlen.

Unterschlagungen.

Zwei fast ähnhch lautende Fälle. Ein wegen Betrugs bereits verurteilter 24jähriger Kuischer, ein unbestrafter 44jähriger Familienvater. Der erste hat 277 Mark, der zweite 271 Mark unterschlagen. Beide hatten das Geld für ihre Chefs einzulassen. Der erste: er hatte mit seinem „Fräulein Braut“ und seinen Freunden und mit dem fremden Gelde in der Tasche etliche Kneipen mit seiner Person besetzt. Als sein eigenes Geld ausgegangen war, rief er das fremde an. Je weiter desto mehr. Und als er einen beträchtlichen Teil davon ausgegeben hatte, sagte er sich: „Ich werde so angezeigt und werde so auch angezeigt.“ So verlor er in drei Tagen das ganze Geld. Entschuldigungen? Vor Gericht gibt es keine Entschuldigungen. Sie verurteilen mich doch.“ Urteil: Drei Monate Gefängnis. — Der zweite: ihm war es genau so gegangen. Auch er ging mit dem fremden Geld in die Kneipe und bezahlte mit ihm seine Zechen. Dann besuchte er ein stures Hotel und hier soll ihm der Rest des Geldes gestohlen worden sein. Er fürchtete vor dem Chef zu erscheinen, trieb sich abdachtslos einige Tage umher und stellte sich dann selbst. Eine Geldstrafe kam ja nicht in Betracht, da er mittellos war. Zwei Wochen muß er ins Gefängnis! Sie alle hatte Teufel Alkohol am Krage.

Gegen die Bebauung des Savignyplatzes.

In einer zahlreich besuchten Versammlung des großen Charlottenburger Kervivereins am 7. d. M. kam das höchste Bestreben darüber zum Ausdruck, daß in einer Zeit intensiver Propaganda für Hygiene und Volkswohlfahrt, für Schaffung von Spielplätzen und Grünflächen, daran gedacht werden könne, einen Teil des Savignyplatzes für Bebauungszwecke herzugeben. Schon das beschriebene Projekt für die zu erbauende Ausstellungshalle (mit Vortrags- und Restaurationsräumen) sieht eine Länge von etwa 40 Metern, eine Tiefe von 20 Metern und eine Höhe von 12 Metern vor. Dabei genüge der Platz schon in seiner jetzigen Größe bei weitem nicht dem Bedürfnis der vielfach in luft- und lichtarmen Hinterhäusern wohnenden An- und Umwohner. Im Sommer sei auf den Bänken selten ein Platz zu haben, und die Wege seien überfüllt mit Kinderwagen und Kindern jeglichen Alters; nicht um einen Quadratmeter sei der Platz zu groß. Uebrigens

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Was, nicht alles bezahlt?! Noch zwanzig Flaschen Bier schuldig, sechsmal ein halbes Pfund Wurst, und sechsmal ein Viertel Pfund Butter? Das konnte nicht sein. Sie hatte dem Mädchen immer das Geld dafür mitgegeben. Aber der Kaufmann beharrte auf seiner Forderung. Da rannte sie noch einmal zurück, obgleich sie schon sowieso ein wenig spät war, und der Freund bereits ungeduldig auf sie warten würde. Sie stürmte in den Salon, wo Rudi und Eva es sich bereits bequem gemacht hatten.

„Was ist das für ne Geschichte beim Kaufmann?“ herrschte sie Eva an. „Ich habe Ihnen doch immer genug im Portemonnaie gelassen, warum haben Sie nicht alles prompt bezahlt? Wo haben Sie denn das Geld hingebracht?“

Eva war noch blässer als gewöhnlich geworden, sie brachte kein Wort hervor, das Entsetzen verschlug ihr die Sprache: nun kam es heraus, nun kam es heraus! Sie wußte nicht, was sie mehr fürchten sollte, Frau Lämmlein oder den Rudi. Wenn sie nun alles gestand, und der verzweifelte Rudi sich aus dem Fenster stürzte? Sie senkte den Kopf und schwieg.

„Beruntrent haben Sie es, Sie Scheinheilige Person,“ kreischte die Lämmlein. Sie war in höchster Erregung: nun schlug es schon vier, wann kam sie nun nach Berlin?! „Sie! Erstmal belogen, und dann haben Sie mich noch immerzu bestohlen!“

Eva versuchte, etwas hervorzuwürgen, angstvoll und stehend zugleich suchten ihre Blicke Rudi.

Aber der lachte. „Rege dich nur nicht auf, Lantchen! Die Sache wird sich schon auflären. Gestohlen hat die Eva sicher nicht, sie hat das Geld eben verloren.“

„Verloren, verloren?! Man kann wohl einmal eine Mark verlieren, aber doch nicht immerzu Geld verlieren. Geh weg!“ Sie schob unsanft den Jungen von sich, der sie umschlingen wollte. „Und so was macht sich in meinem Salon breit!“

„Ich habe das Geld nicht gestohlen,“ brachte Eva endlich heraus — oh, oh, da war wieder die Tiefe, sie mußte springen, sich stürzen, nein, sich nur fallen lassen. Sie spürte das Fallen schon. Schwindelnd schloß sie die Augen. Ihre Hand suchte Halt an der nächsten Stuhllehne. „Ich habe

das Geld nicht gestohlen, der Rudi“ — sie stockte, ihre angstvoll verwirrten Blicke slogen zum Fenster — „Rudi, der — ich nicht!“

„Was, Sie verleumben noch meinen Keffen?“ Die Lämmlein schrie entrüstet. „Nicht genug, daß Sie Rethen, Sie senten auch noch den Verdacht auf einen unschuldigen Knaben. Paden Sie sofort Ihre Sachen, ich will Sie nicht länger hier haben!“

Evas Blicke suchten den Knaben: sagte der es denn jetzt nicht?

Aber Rudi sah zum Fenster hinaus, scheinbar für anderes interessiert. Und schwieg. — — —

Nun wußte Eva gar nicht wohin. Mit ihrem Köffchen und ihrem Karton stand sie auf der Straße. Frau Lämmlein hatte darauf bestanden, daß sie sofort ging, denn erst wenn diese Person fort war, konnte sie auch noch fortgehen. Sie hatte dem Mädchen nicht die Zeit gelassen, noch einmal nach den Kindern zu sehen. Eva sagte sich: es war vielleicht gut so, es hätte ihr sonst weh am Herzen getan. Sie mußte die Kinder nun einer Welt überlassen, die hart und grausam mit ihnen verfuhr. Auch ihr erging es ja nicht anders. Wohin nun? Alle Ideen, die sie hatte, verwarf sie gleich wieder. Sie konnte doch nicht zu den Wittowstis gehen — ihre Sachen hatten die ihr freilich geschickt, aber ohne eine Zeile, und das Belztrügelchen und der kleine Ruff mit dem schwarzen Schwänzchen waren auch nicht dabei. Auch zu Frau Lessel konnte sie nicht gehen und zur Jugendfürsorge auch nicht. Ueberall würde ihr die Lämmlein einen üblen Namen machen. Und sie konnte die Frau nicht einmal ganz widerlegen, nicht alles abteugnen; in Wirklichkeit hatte sie ja doch Geld veruntrent. Und warum sie es getan, das würde keiner verstehen. Keiner, ach keiner würde verstehen, daß es sie so gequält hatte vor dem Abgrund, daß der Schreden der Tiefe ihr noch immer nachging, daß sie schwindlig wurde, wenn sie nur daran dachte, daß ihr alle Kraft erlosch, aller Widerstand! daß sie machlos wurde.

Auch jetzt war ihr schwindlig. Hier war kein Fenster, aus dem sie sich stürzen mußte, und doch war der Abgrund da. Er gähnte sie an: wo willst du sonst hin? Taumlig wankte sie zu einer Bank in Anlagen, da setzte sie sich. Sie lehnte sich an, sie fühlte im Rücken die Lehne, sie sah auf einer Holzbank, die sicher und fest stand, aber es war ihr trotzdem, als bebe es unter ihr. Der Boden wankte, die grünen Büsche der Anlagen wankten, die Menschen, die vorübergingen, wankten, alles wankte, Erde und Himmel. Sie griff um sich, einen Halt suchend: wo sollte sie hin? Da kam

es ihr auf einmal, und wie eine Lösung aller Bedrängnis erschien es ihr: sie hatte ja noch die Freundin ihrer Mutter. Jene gute Freundin, die ihr die Füße warmgerieben, die so mit ihr geweint hatte, die sie vielemals geküßt hatte und die sie so herzlich eingeladen hatte. Zu der wollte sie jetzt gehen. Aber wo wohnte die? Wo hatte sie doch gleich die Adresse aufgeschrieben? Wieder fing sie an zu suchen.

Auf der Bank in den Anlagen packte sie ihre ganzen Sachen aus, ihr Köffchen, ihre Pappschachtel. Schon verzweifelte sie, sie war zu aufgereggt, sie konnte gar nichts finden. Da, endlich, endlich fand sie es doch! In das kleine Notizbüchlein, in dem auch noch von der Mutter Hand allerlei eingetragen stand, hatte sie es sich ja geschrieben: „Lenchen Bunte, Kleine Balladenstraße Nr. 225.“

21.

„Du, wer war denn eigentlich dein Vater?“ fragte Lenchen Bunte. Sie sah mit Eva am Frühstückstisch. Der stand in der dunklen Küche, war ungedeckt, zeigte nur ein paar henkellose Tassen, in einer dritten henkellosen Tasse etwas Butter und die übriggebliebenen Brofamen von den Schrippen, die die beiden eben verzehrt hatten. Und es war zwölf Uhr mittags. Es sah hier alles verkommen und abgegriffen aus. Dafür aber war das Fräulein Helene frisch aufgegländert, golden gefärbt das Haar, gepudert der Teint, Wangen und Lippen rot geschminkt und die Brauen zu schönen Bögen gezogen. Sie sah da im Unterrock und in einer zartblauen Regligelacke, streckte die Beine, deren Füße schon in den hochhackigen Chevreauschühchen steckten, weit von sich und kippelte mit dem Stuhl. „Weißte denn gar nicht von ihm?“

„Gar nichts,“ sagte Eva traurig. „Ja, Olli war verchwiegen,“ meinte Lenchen. „Selbst mir hat sie dazumal nichts erzählt. Merkwürdig — imfereins is sonst nicht so verchwiegen. Wenn ich bloß den Kerl zu fassen kriegen könnte“ — sie schlug mit der Faust auf den Tisch, daß alle Brofamen hüpfen —, „denn sollteste mal sehen, der sollte dir wohl anerkennen! Denn kriegteste, was dir zugehört!“

„Ach laß doch,“ sagte Eva träumerisch. „Das will ich ja gar nicht. Ich möchte bloß mal sehen, wie er aussieht. Bloß mal seine Hand fassen. Ich habe oft solche Sehnsucht danach.“ „Quatsch!“ Lenchen legte mit der Hand die Brofamen vom Tisch. „Das is ja allens überpannter Quatsch. Ich zieh mir jetzt sinst ne Belle über, geh mal runter. Wenn ich wieder komme, bist du ja schon mit's Kochen fertig. Adjs, mein süßes Kind!“ Sie küßte das Mädchen stürmisch.

(Fortsetzung folgt.)

würde nicht nur der bebauten Teil, sondern die ganze südliche Hälfte des Platzes durch Anfuhr, Zu- und Abgang der Besucher der Ausstellung als Ruhe- und Erholungspfad verloren gehen. Am Ausflusse der Volksgesundheitspflege müsse der Charlottenburger Bergverein auf das energigste Einspruch erheben gegen jegliche Anstandsmaßnahme des Platzes zu Bauzwecken. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen und soll der Stadtverordneten- und Bezirksversammlung zugehen.

Eiskeller auf Rädern.

Mit dem Einsetzen der neuen grimmigen Kälte erliden von neuem auch der Ruf der frierenden Fahrgäste nach geheizten Straßenbahnwagen. So wenig aber die Berliner, denen man Ungeheures wirklich nicht nachsagen kann, in diesem Jahr bisher mit ihren Klagen über die ungetreuen und ungereinigten Bürgersteige bei Schnee und Matsch etwas erreicht haben, so wenig scheinen sie mit ihren Klagen über die „Eiskeller auf Rädern“ etwas ausgerichtet. Auf unsere kürzlich erneut an die Berliner Straßenbahnverwaltung gerichtete Anfrage wurde uns folgendes mitgeteilt:

Eine größere Zahl der neuen Wagen ist — wie wir schon vor einiger Zeit mitteilen konnten — jetzt mit elektrischen Heizkörpern versehen, denen durch Umschaltungsrichtungen aus den Heizkörpern Wärme zugeführt wird. In den übrigen Wagen wird raslos gearbeitet, so daß in nächster Zeit eine große Anzahl Wagen gefahren wird. Die früher angewandte Gießschmelze, die sog. Kesselschmelze kommt heute wegen des schlechten Geruchs, der Feuergefährlichkeit, zeitweiliger intensiver Hitze und einmaliger Sachschäden nicht mehr in Frage. Wenn früher zu dieser Heizungsart gegriffen werden mußte, lag das lediglich noch an dem technischen Rückstand und dem Mangel an geeigneten Heizmethoden. Weiterhin sollen in den Straßenbahnwagen, die noch keinen Vorbau haben, die bekannten grünen Triebe aufgehängt werden, um die Zugluft abzuhalten. Von den neuen Triebwagen befinden sich 500 in Betrieb und es war geplant, weitere 500 Wagen zu beschaffen. Der Plan mußte jedoch wegen der ungünstigen Wirtschaftslage bis zum nächsten Frühjahr verschoben werden.

Zu der Heizungskalamität wird uns von einem Straßenbahnfahrer geschrieben: Die Erklärung der Direktion, daß die neuen Wagen Heizkörper haben, stimmt schon, nur kann man die Heizkörper während der Fahrt nicht anstellen, weil dadurch sofort Strom verbraucht wird, daß die Fahrgeschwindigkeit des Wagens sehr beeinträchtigt wird. Demnach sind die Heizkörper da, funktionieren auch, aber nur, wenn der Wagen am Endhaltepunkt Ruhe hat. Den Straßenbahnfahrern dürfte man das bishigen Wärme neidlos gönnen, das Publikum aber muß noch immer in „Eiskellern auf Rädern“ fahren, auch wenn die Wagen neu sind.

Endlich ein Anfang!

Eine Vorlage zur Ausführung von Kanalarbeiten.

In der Frage der am 17. Dezember v. J. von den Stadtverordneten beschlossenen Kanalarbeiten zur Verringerung der Erwerbslosigkeit hat jetzt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen, über die morgen Donnerstag verhandelt und beschlossen werden soll. Die Vorlage sieht Kanalarbeiten für die Stadtentwässerung im Umfange von rund 365 000 projektierter Tageswerke im Gesamtbetrage von 6 Millionen Mark vor. Die ausgeschriebenen Arbeiten betreffen die Errichtung von Retentionsanlagen für die Kanalisation aus Anlaß der geplanten Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals. Es sind also Vorarbeiten zu dieser großen Arbeit, für die die Genehmigung der Aufsichtsbehörden allerdings noch einzuholen ist. Ferner sollen Regen- und Schmutzwasserleitungen in allen Verwaltungsbezirken Berlins hergestellt werden. Die Beschaffung der Mittel ist in der Vorlage gedacht, daß außer den zur Verfügung stehenden ordentlichen und außerordentlichen Staatsmitteln ein Darlehen von Reich und Staat und ein Zuschuß auf die Beschaffung Erwerbsloser verlangt wird. Nach Genehmigung dieser Entwürfe wäre der Magistrat, wie er in der Vorlage ankündigt, in der Lage, im Laufe von vier Wochen etwa 2000 Erwerbslose zu beschäftigen.

Also, wenn alles gut geht, können in vier Wochen von den bis jetzt 120 000 männlichen Arbeitsuchenden 2000 mit Kanalarbeiten beginnen. Und dazu bedurfte es erst noch — nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung — des Druckes der öffentlichen Meinung! Kann wirklich nicht mehr geschehen und nicht rascher vorgearbeitet werden? Wir hätten auf diesem Gebiete wirklich mehr Eifer und Energie erwartet.

Der Altersfälscherprozess.

Vernehmung des Direktors Dauber.

Den Bemühungen des Angeklagten Werner Jakob, den Mitangeklagten, Sparkassendirektor Dauber zu belasten, hielt Rechtsanwalt Böhm entgegen, daß er, Jakob, in genau derselben Weise auch die Sparkasse zu Drossen a. d. O. hineinzulegen versucht habe, indem er dem dortigen Sparkassendirektor unter der Vorgabe, am Ort ein Institut zu gründen, gegen Effektendepots zur Kreditvergabe veranlassen wollte. Der Bankbeamte habe aber Jakob genau gekannt und sei auf das Anerbieten nicht eingegangen. Das Gericht beschloß, den Sparkassendirektor zu laden.

Der Angeklagte Direktor Dauber äußerte sich dann eingehend zur Anklage. Er war lange Vorsteher der Effektenabteilung der Brandenburgischen Girozentrale, in der auch Werner Jakob tätig war. Jakob habe über die Fürstenwalder Sparkasse Effekten geschickt gemacht, da es den Beamten der Girozentrale verboten war, bei ihrer Bank zu spekulieren. Unmittelbar habe Jakob eines Tages einen Baron v. Blumenthal mitgebracht, der Kredite gegen ein Effektendepot haben wollte, indem er sich als Vermögensverwalter einiger reicher Tanten ausgab. Durch die Vermittlung des Angeklagten sei die Chamottefabrik Steffen in Retschendorf mit den dazu gehörigen Geschäftsanteilen der „Victoria“ erworben worden. Für diese Geschäftsvermittlung habe er eine Provision von 3700 M. erhalten. Weitere Provisionen bestreitet er entschieden, erhalten zu haben. Die Prüfung der Effekten hatten die Effektenkassierer vorgenommen. Auf den Einwand von Staatsanwaltscharakter Kler, daß er doch unbedingt hätte sehen müssen, daß die Effekten gefälscht waren, erwiderte der Angeklagte: „Hätte ich die Effekten gesehen, dann würde ich die Fälschung auch entdeckt haben.“ Der Angeklagte Werner Jakob hielt keine Anschuldigungen, daß Dauber 15 000 M. Provision erhalten habe, aufrecht. Der Beisitzer, Amtsgerichtsrat Friedberg, hielt dem Angeklagten wiederholt vor, daß die starke Kreditgenüßung an die Mitangeklagten doch außerordentlich auffällig erscheinen müsse. Der Angeklagte behauptete aber bei seiner Behauptung, daß er gutgläubig gewesen sei. Erst in der zweiten Hälfte des September will er miträuchel gegen Jakob geworden sein, denn dieser habe nicht Wort gehalten, die Löslöcher in Gana zu bringen. So habe er ihm auch erzählt, es seien schon zwei Millionen von ihm in Rüsse aus Düsseldorf befristet worden, was sich als Schwindel erwiesen habe. Festgestellt wurde noch, daß der Schaden der Fürstenwalder Sparkasse zwischen 400 000 bis 500 000 M. schwankt, und daß nur, wenn die Regressansprüche zuungunsten von Fürstenwalde entschieden werden sollten, sogar 947 000 M. betragen würde.

Nach der Pause wurde in die Erörterung der Fälschungen von 2½ Millionen Silberfelder Glang-Aktien eingetreten. Die Fürstenwalder Sparkasse war durch die starke Kreditgenüßung selbst in Schmierfälschen geraten und mußte ihrerseits einen Kredit von 100 000 M. aufnehmen. Dauber brachte deshalb auf Abdeckung der Kredite und um den drohenden Zusammenbruch zu verhindern, suchten Koesner, Werner Jakob und Römer, sich neue

Mittel zu verschaffen. Die bisher in den Verkehr gebrachten gefälschten Aktien reichten nicht mehr aus, und es mußten neue Aktien fabriziert werden. Koesner und Römer entfielen sich, daß ihnen Fritz Wehrlich wiederholt Andeutungen gemacht habe, daß er sich auf den Druck von Wertpapieren verstehe. Wehrlich wieder vermittelte die Verbindung mit dem Angeklagten Hoos, der als gelernter Buchdrucker den Druck der Aktien in Thüringen bewerkstelligte. Wie bereits berichtet, wurde dieser Betrag bei der Stadtbank der Provinz Brandenburg entdeckt, wo Jakob gegen Hinterlegung dieser Effekten einen Kredit von rund 500 000 M. beantragt hatte. In diesem Punkte der Anklage waren die meisten Angeklagten gefällig. Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

Einheitsverband soz. Handel- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe.

Nächste Monatsversammlung findet am Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, bei Schilling (Hofarbeiterverband), Rungestr. 30, statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Besonders sind alle parteigebilligten Gewerbetreibenden eingeladen.

Der Mord an der Schankwirtin.

Schicksal eines Mädchens vom Lande.

Gestern hat, wie bereits mitgeteilt, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Toll die Gerichtsverhandlung gegen den 33-jährigen Kaufmann Kurt Danielsowki und die 27-jährige Schneiderin Maria Böhm ihren Anfang genommen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Patte. Die Angeklagten halten ihre Behauptungen, die sie in der Voruntersuchung hinsichtlich des Ereignisses am 9. September 1917 gemacht haben, aufrecht. Danielsowki will in die Schankwirtschaft nur gekommen sein, um auf Einladung der Böhm die Schränke der Schränke zu öffnen. Die Böhm dagegen behauptet nach wie vor, daß Danielsowki ihr erzählt habe, wie er die Schankwirtin niedergeschlagen habe, als diese seine Absicht, das Schlafpulver in den Wein zu schütten, bemerkt hatte. Sehr verdächtig scheint allerdings, daß der Angeklagte hinterher niemals mit der Böhm und deren Schwester über die Tote gesprochen hat, obgleich er, wie er selbst sagt, tief erschrocken war, als er in der Schankwirtschaft auf die Leiche stieß. Nicht weniger verdächtig erscheinen die Briefe, die er in späterer Zeit an die Böhm geschrieben haben soll. Da blieb es z. B.: „Verhalten Ihr Euch nicht ruhig, so drehe ich den Spieß um.“ Ein andermal schrieb er wieder: „Ihr sollt reinen Mund halten.“ Die Aussagen der Kriminalbeamten erörtern nichts Neues. Daß der Fingerabdruck den Angeklagten gehört, unterliegt keinem Zweifel. In 281 Punkten weist der ausgeführte Fingerabdruck dieselben Merkmale auf, wie der Fingerabdruck des Angeklagten. Eigentlich erscheint es auch, daß bei der Vernehmung der beiden, die keine Abnung hatten, daß sie beide verhaftet sind, ihre Aussagen insofern übereinstimmen, als beide davon sprachen, daß die Jakob betäubt werden sollte. In den Aussagen beider figuriert auch die Klage der Böhm, daß die Ermordete bei ihr Geld gestohlen habe. Von größtem Interesse war die Schilderung des Mordens, in dem der Mord vor sich gegangen ist. Die 18-jährige Böhm hat die Stellung bei der Jakob auf ein Inserat hin angenommen, das in der „Lüneburger Zeitung“ erschienen war. Die Schankwirtin verlangte von ihr aber ganz andere Dienste als die einer Hausangestellten: sie sollte die Animermannschel spielen. Wenn sie sich nicht vertuppen lassen wollte, so erhielt sie Schläge, Zuhälter, Hehler, Prostituierte, mit einem Worte, die üblichen Kalkemmenbrüder, die um den Stettiner Bahnhof herum ihr lästiges Wesen treiben, gingen in der Schankwirtschaft ein und aus. Bei Schluß des ersten Verhandlungstages ist im großen und ganzen die Sache noch wenig geklärt.

„Gegen Bildung und Besitz.“

Ein unbeschreibbar gebliebener „Erziehungsbeitrag“.

Der „Freiwillige Erziehungsbeitrag für schwachentlassene Waisen“, der im Januar 1896 in Berlin gegründet wurde und aus dem später der „Deutsche Erziehungsbeitrag für verwaiste Jugend“ hervorging, hat aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Gründungstages den Zeitungen einen auf dieses Jubiläum hinweisenden Aufsatz überlassen und um Veröffentlichung gebeten. Wir finden darin einen Rückblick auf die Bemühungen beider Vereinigungen um die Ausgestaltung des Jugendrechtes und der Jugendwohlfahrt, um Unterbringung der Schülernachkommen in Arbeit, Lehre, Dienst- und Hauswirtschaftsstellen und auch um die Gesundheitsfürsorge für körperlich schlecht entwickelte Jugendliche. Ueber die private Wohlfahrtspflege wird dann rühmend gesagt: „So anerkennenswert und groß auch die Hilfe des Staates und der Gemeinden für die dürftige verwaiste deutsche Jugend ist, so bedarf es daneben doch der durch die Amtstellen unmöglichen Persönlichkeitsarbeit: sie kann nur durch freie Diebstätigkeit geleistet werden, die dafür sorgt, daß die Geistes nicht auf dem Papier bleiben, sondern für das heranwachsende Geschlecht auch ausgeführt werden.“ Und bekräftigt wird dieses überauswichtige Selbstlob mit dem folgenden Satz: „Durch operativtätige Nachstufen von Willigen und Spendern läßt sich eine Kampfstellung der Jugend gegen Bildung und Besitz vermeiden und eine Heranbildung zu verantwortungsvollen und merktätigen neuen Staatsbürgern ermöglichen.“

Was in dieser Jubiläumserörterung das warnende Wort von der „Kampfstellung der Jugend gegen Bildung und Besitz“ bedeuten soll, ist vielleicht nicht sofort klar. Uns erinnert das an die Anfänge des „Freiwilligen Erziehungsbeitrags“, an die in den ersten Jahren seiner Tätigkeit sich immer wiederholenden Aufstellungen über die Notwendigkeit, durch die Arbeit an der Jugend den Bestand der Gesellschaft zu sichern. Gewiß, die Sicherung des Bestandes der Gesellschaft hängt mit davon ab, daß die Jugendlichen in die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Berufe hineingebracht werden, damit zum Wohl der Einzelpersönlichkeit und des Volksgutes überall der rechte Mann an der rechten Stelle steht, jeder Freude an seinem Beruf haben kann und sein Bestes herzugeben vermag. Aber beim „Erziehungsbeitrag“ war es unerkennbar, daß die bis zum Ueberdruß oft wiederholte Betonung des Schutzes der Gesellschaft eine politische Tendenz hatte und auf die Sozialdemokratie abzielte, deren Vordringen die „Gesellschaft“, d. h. die Bestehenden, mit Sorge erfüllte. Ein Rück-

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 13. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Sonderspiele. Abteilung Jugendübungen. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26. 4. Veranstaltung. „Kathöhen von Hallbrunn“. Schauspiel in fünf Akten von Heinrich von Kleist. 6.30 Uhr abends: W. Schöler: „Der deutsche Schäferhund als Polizeihund“. 7.15 Uhr abends: Dr. med. Paul Hirsch-Marmoth: „Die Darmtraktat und ihre moderne Behandlung“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Literatur. Dr. Max Freyhan: „Shakespeare's Tragödie“. 8.30—10 Uhr abends: Dantes Allertel. 1. Roma, italienischer Märsmarsch (Mandolin-klub Con passione. Dirigent: Heinrich Ernste). 2. Fall: a) Das Schönbrunner Lied, b) Das Waschermedelied (aus der Operette „Die Kaiserin“). c) Aufrittlied der Madame Pompadour aus der gleichnamigen Operette (Edith Karin. Sopran). 3. a) Naras: Spleen, b) Antin: Humoreske (Konzertmeister Franz v. Sepanowski. Violine). 4. Dieher: Archandels Brautzeug. Charakterstück (Mandolinklub Con passione). 5. a) Lad. Loewenthal: Rheinlandklöcken klingen und singen, b) Springfeld: Bei mein, c) Mayerl u. Falst: Liebeslotterie (Willi Waig, Tenor, am Flügel: Mienl Paery). 6) Schmidt: a) Tyroler Lied, b) Walzer, c) Jodler (Albert Schmidt. Okarina). 7. Eilenberg: Petersburger Schlittenfahrt, Galopp (Mandolinklub Con passione). Am Flügel: Th. Mackeben. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungs-, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

fall in jene Kinderkrankheit des „Erziehungsbeitrags“ ist das in der Jubiläumserörterung gebrauchte Wort von der „Kampfstellung der Jugend gegen Bildung und Besitz“, wobei die Zusammenstellung von Besitz und Bildung in unserer Zeit der durch Krieg und Inflation geschaffenen Notzeiten noch lächerlicher als damals wirkt. An der Spitze des „Freiwilligen Erziehungsbeitrags“ steht als sein Ehrenpräsident noch heute der Wirkliche Geheimrat Admiralrat Dr. Kellisch, der „Vater des Loh-„Jahrbuchs“ (wie die Jubiläumserörterung ihn nennt), der einflussreiche Gründer des Vereins. Ist er dafür verantwortlich zu machen, daß der „Erziehungsbeitrag“ unbeschreibbar geblieben ist, seine drohenden Thesen von damals nicht vergessen und seine irrigen Ansichten über Arbeiterklasse und Arbeiterjugend nicht geändert hat?

Reinhaltung der Höfe.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß außer den Bürgersteigen auch die Höfe ausreichend gereinigt und gestreut werden müssen, sofern sie den Zugang zu Nebenräumen, Seiten- oder Hintergebäuden bilden und damit einen öffentlichen Verkehr auf ihnen ermöglichen. Die Polizeibehörde sind deshalb angewiesen worden, ihr Augenmerk auch auf Nischen dieser Art zu richten.

Reichstagspräsident Loh sprach am Donnerstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, in den Germania-Hallen, SchaafstraÙe, in einer Versammlung, die das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einberufen hat.

Ein großerer Wohnungsbrand beschäftigte die Berliner Feuerwehrt in Steglitz, Schäferstr. 1. Ede der Albrechtstraße und zwar in den Räumen einer russischen Verleimanufaktur. Die Flammen hatten so reiche Nahrung gefunden, daß die Feuerwehrt mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit widern mußte. Der starken Qualmentwicklung wegen hatten die Hausbewohner ihre Wohnungen verlassen. Das Feuer hat seinen Ausgang von der Heizung genommen. Mehrere Zimmer sind vollständig ausgebrannt.

Ein Unhold wird von der Reußlitzer Kriminalpolizei gesucht. Er lockt auf Hausfluren und Treppen Schälerrinnen mit Süßigkeiten an sich und vergreift sich dann an ihnen. Bisher sind schon fünf Fälle angezeigt. Die Eltern werden gut tun, ihre Kinder zu warnen. Der Unhold ist etwa 30 Jahre alt, 1,60—1,65 m groß, hat dunkelblondes Haar, einen gelblichen Schnurrbart und trug bisher einen blauen Anzug und hellgrauen Hlatut.

Der Prozess Grans.

Vor dem Schwurgericht in Hannover begann der Wiederaufnahmeprozess gegen den 24-jährigen Händler Hans Grans, der im Haarmann-Prozess Ende 1924 wegen Anstiftung zum Mord zum Tode und wegen Beihilfe zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Zu dem neuen Prozess sind 31 Zeugen geladen, und zwar sämtlich erst für Donnerstag, so daß der Prozess etwa vier Tage dauern wird. Als Sachverständige nehmen an den Verhandlungen teil der Psychiater Geheimrat Prof. Dr. Schulze-Göttingen und Rechtsrat Dr. Schadow-Hannover. Den Vorsitz der Verhandlung führt wieder Landgerichtsdirektor Dr. Böckelmann.

Die Beteiligung des Publikums an dem Prozess ist ähnlich stark wie im Haarmann-Prozess. Bereits um 2 Uhr nachts hatte sich das erste Publikum vor der Kartenausgabestelle eingefunden. Kurz nach 10 Uhr wurde Grans aus der Haft in den Verhandlungssaal geführt. Der Vorstehende teilte zunächst einen Antrag des Verteidigers mit, Oberstaatsanwalt Wilde als Zeuge darüber zu vernehmen, daß Haarmann am Morgen seiner Hinrichtung nochmals verhört habe, Grans sei unschuldig. Der Oberstaatsanwalt bestritt dies in einer kurzen Erklärung. Grans wurde dann kurz über seine Personallisten vernommen.

Im Verlauf der Vernehmung erklärte Grans, vor seiner Befreiung mit Haarmann habe er nie in Beziehungen zu homosexuellen Kreisen gestanden. Er mußte aber zugeben, daß einmal ein derartiges Verfahren gegen ihn geschweht habe. An einem Vormittag sei er Haarmann gefolgt, der ihn angeprochen habe. Grans habe ihm erklärt, er brauche Arbeit, worauf Haarmann ihm fünf Mark gegeben und ihn mit dem Verkauf von Zigaretten beauftragt habe. Später habe Haarmann ihm dann gesuellen Verkehr angeboten. Von den tätungen Haarmanns habe er nichts gewußt. Er bestritt, den jungen Franks regungslos im Bett liegen gesehen zu haben. Auch habe er, wie Haarmann in der Hauptvernehmung erklärte, die Leiche nicht mit in den Schrank gelegt. Der von ihm gebrauchte Ausdruck „Mörder“ sei gefallen, als Haarmann ihm bei einem Handgemein auf die Straße mit einem Messer gefolgt sei. Grans selbst erinnerte sich nicht daran, den Ausdruck „Mörder“ gebraucht zu haben.

In der Nachmittagsvernehmung erklärte Grans über den Fall Hannappel, daß Haarmann den Hannappel mit in seine Wohnung genommen habe. Einige Tage später habe Haarmann ihm erklärt, daß Hannappel abgerichtet sei. Bei der Verlesung einer Reihe von Briefen eines Unbekannten namens Hans an Grans wird die Offenlichkeit wegen Gefährdung der Sitlichkeit ausgeschlossen. Ueber den Abgeber der Briefe verweigert Grans die Auslage. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten vorläufig abgeschlossen. Es gelangen sämtliche Aussagen Haarmanns noch einmal zur Verlesung. Die Weiterverhandlung wurde dann auf heute Mittwoch vertagt.

Die deutsche Hilfsaktion im Finnischen Meerbusen.

Verproviantierung vom Flugzeug aus.

Das Dampfschiff „Hessen“ ist am 12. Januar morgens auf dem Wege zu den im Finnischen Meerbusen eingefrorenen Dampfern per Kaval angelangt und hat sich mit dem deutschen Gesandten in Verbindung gesetzt. Um 9 Uhr vormittags ist das Schiff zu einem Vorstoß in das Eisgebiet in See gegangen. Die Eisnachrichten sind in den letzten Tagen noch ungünstiger geworden. — Nach einer Meldung aus Kaval sind einige der im Eis eingeschlossenen geweihten Dampfer nunmehr in freies Wasser gelangt und haben den Revolver Hafen erreicht. Im Finnischen Meerbusen sollen jetzt noch 25 Dampfer im Eis festliegen, von denen die folgenden deutsche Schiffe sind: „Alara Blumenfeld“, „Alara Kunstmann“, „Wbilo“, „Urbine“, „Lissa“, „Nadar“, „Trave“, „Marzenburg“, „Rheingold“, „Hornsee“, „Horned“, „Neuwert“, „Kauf“, „Hochland“, „Allengamme“, „Wilhelm Rich“, „Gutenhof“, „Eigrid“, „Sturm“. Ein von der Gesandtschaft Helsingfors abgesandtes Junker-Flugzeug ist mit gutem Erfolg tätig gewesen und konnte den Dampfer „Allengamme“ um etwa 1 Uhr verproviantieren. Die Schiffsverwaltung in Helsingfors beurteilt bei den Eisverhältnissen die Aussichten für die Aktion der „Hessen“ sehr pessimistisch und rät zu äußerster Vorsicht.

Raubüberfall auf zwei Postbeamte. Am Dienstag vormittag wurden zwei Postbeamte vor dem Gebäude der Reichsbank in Nordhausen in dem Augenblick, als sie das Gebäude betreten wollten, von drei Verbrechern überfallen. Die beiden Beamten einen schweren Kesselford mit Banknoten im Werte von 250 000 Mark entriß. Die beiden Beamten wurden durch Schläge über den Kopf mehrmals gemacht. Die Räuber entfernten sich mit ihrer Beute durch die Straßen Nordhausens. Die sofort ausgesandene Verfolgung der Verbrecher war von Erfolg begleitet. Bei Siffeld wurden die Räuber gefasst, einer wurde auf der Flucht erschossen, ein anderer schwer verletzt. Der dritte entkam.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin (Nachb. verb.). Trotz nur zeitweiliger etwas kühlerer Bewölkung, nachst strenger Frost und ziemlich heftige nördliche Winde. — Für den 13. Jan. im Südpol noch tiefste leichte Schneefälle. Der Frost dauert fort.

Ballade.

Es heisst ein Forderer kühn und kalt,
Das pocht an Tore mit Gewalt
Und magt ein toll Begehren,
Das macht nicht vor den Hütten halt,
Dort wohnt kein hilflich Wehren.

Du fragst: wer soll in Winterpein
Noch Quäler diesem Volke sein?
Ein Herz hat auch der Schliche . . .
Wie aber rufen warnend: Nein!
Gib acht auf deine Rechte!

Und die zum Bettler dich gemacht
In Hungerkrieg und Elendschlacht,
Die gieren noch Gewinne —
Und hast du schon auf Liebe acht,
Ist hab' tausend Sinne!

Es starrt ein Winter weh und weis,
Dem brennen Herz und Achse heis,
Dem siebert Blut in Seiten:
Ich weis, was Wälfersuch, ich weis,
Hält' ich's gewußt beizelten . . .

Franz Rosenfelder.

Einer zu viel.

Von Erich Golligros.

(Schluß.)

Sollte nun die Tochter, die alles andere als dumm war und das Wesen des ersten Geliebten ganz richtig erahnte, sich dem Chauffeur aufzwingen aus — nun sagen wir einmal: aus ethischen Gründen, aus Mitleid? Sie werden zugeben, das ist möglicherweise ein Problem.

Für die Tochter war es leicht. Sie liebte den Monteur mit wachsender Kraft und sie liebte ihn nicht nur theurellisch. Wochen hindurch währten die nächtlichen Besuche. Unschönbar war der Heißbrand zweier schöner Seiber. Morgens um fünf geschah regelmäßig dann die Leuschheit, daß die Tochter den bewährten Särm des einsehenden Motorgeknatters zur unmerkbar stillen Heimsucht rügte. Immer noch war es der Chauffeur, der dienstpflichtig, im übrigen nichtsahnend den Motor anturbelte. So half er dem anderen, der sturpellos, wie Männer, wenn's um eine Frau geht, meistens sind, heimlich herzhaft lachte.

Gerade um diese Morgenstunden war der Chauffeur besonders rührig und trauernd. Er wußte, daß er ausgespielt hatte, wußte auch, wer sein Nachfolger war. Größer Hoff grub sich ihm allmählich ein, lebte etwas sogar sein Gesicht für den Blick der anderen. Er spürte, daß ihm nicht nur ein großes Leben, sondern auch ein großes Leben zerschrocken war, sein Leben, seine Jugend. Er verstand die Tochter nicht, liebte und haßte sie zugleich. Und dachte er an den Monteur oder sah er ihn, sah er ihn gar der Tochter nach, so wandelte sich alle Gefühls- und Verstandsubstanz zur wühlenden, zerquälenden Gistigkeit in ihm.

Der Chauffeur spürte Stunde für Stunde, daß er seinem Untergange entgegenvegetierte. Es ist wohl seltener gemorden heute, daß Frauen Männer mürben können, aber aufgehört haben diese Torheiten noch nicht. Den Untergang durch Selbstmord gewaltlos, freiwillig herbeizuführen, schloß dem Chauffeur der Mut. Und dann drängte in ihm das Notwendigkeitsgefühl, sich irgendwie zu rächen. Wenn er schlief, was selten geschah, tauchte ihm im Traume ein Bildling sein Weib; der Wilde hatte die Züge des Monteurs, das Weib trug die der Tochter. In Hitze erwachend, fühlte er sich zerföhren, als ob er tatsächlich einen Kampf hätte bestehen müssen. Die furchtbare Rächtelei ließ auch am Tage keinerlei Freude auskommen.

Einmal in der Sommerhitze, es war ein Sonnabendmorgen im August, ließ „der Alte“ den Chauffeur in sein Bureau rufen. Der Chauffeur eilte und traf dort außer dem Chef schon den Monteur und die Tochter anwesend; beide Arm in Arm. Arm in Arm die Tochter mit dem Monteur vor den sonst gemiedenen Vateraugen? Es funkte ein kurzes Blickgefecht mit dem Ergebnis, daß sich die Tochter schnellstens in eine bergende Stellung zurückzog, daß der Monteur auch ohne sie Sieger blieb, indes der Dritte wie schwervermündet seine Lider senkte. „Ach rief Sie.“ begann, zugewandt dem Chauffeur, rasch der Chef, „um Ihnen von einer wichtigen Veränderung in meinem Betriebe Kenntnis zu geben; der Monteur hat um die Hand meiner Tochter angehalten und ich habe sie ihm nicht verweigert, wenn auch erst nach einiger Ueberlegung, wie ich als kluger und vorsichtiger Kaufmann gern zugeben will.“ Hier lächelte der Alte, um anzudeuten, daß er einen guten Witz gemacht habe. „Mein künstlicher Schweißersohn wird Teilhaber an meinem Unternehmen werden. Ich hoffe aber, daß Sie nun trotz der veränderten Situation gut miteinander auskommen werden — wie bisher.“ Eine Berlegenheitspause dehnte Sekunden mitunterlang. „Mein lieber Chauffeur, ich war immer zufrieden mit Ihnen, im großen und ganzen und im allgemeinen wenigstens, und ich habe deshalb die Absicht, Sie zu unserer nächsten, der Schwere der Zeit angepöfsten Verlobungsfeier einzuladen. Morgen ist Sonntag, Sie brauchen keinen Dienst zu machen, sondern fahren uns im Auto ein ordentliches Stück spazieren; vielleicht so hundert bis hundertzwanzig Kilometer im ganzen, im übrigen in Sie morgen, als ob Sie sozulagen mit zur Familie gehörten, nicht wahr?“ Der Alte wühlte sich Hände von seiner Stirn. Das ungewohnte Redenhalten, das war nicht die erste heute, strengte ihn an. Der Chauffeur antwortete gequält nur ganz kurz und sachlich, er wäre sehr froh über das Familienereignis, er glaube schon, daß es eine sehr glückliche Ehe werden würde zwischen dem Monteur und der Tochter — jedem gab er hier gratulierend die Hand, vermied es aber, den Augen der beiden zu begegnen — und morgen früh wolle er natürlich sehr gern den Wagen fahren, er hätte auch schon eine Idee, wohin, schließlich dankte er auch noch für die Einladung zur Verlobungsfeier.

Schnell zog sich der Chauffeur auf sein Zimmer zurück; dem Paar begannen wonnigedene Liebesstunden, während der Alte bis nach Mitternacht am Schreibtisch darüber sah und sann, ob er noch zu einer großen Müßli moralisch verpflichtet sei, wenn er doch schon den Schwigersohn als Teilhaber aufnahm. Gewiß will der auch Kapital zugeben, aber immerhin —

In Liebestaumel und Zahlenwirrwah verfangen, merkte keiner von der Familie, wie einer kurz vor Zwölf schon über den Hof sahlich, den Autoschlappen aufschloß und sich am Wagen, besonders

am rechten Hinterrad, längere Zeit sich zu schaffen machte. Erst um halb Eins war es wieder still.

Am nächsten Morgen sah die Familie sahrfertig und im Sonntagstaat am Kaffeetisch; froh plauderte miteinander das Liebespaar, etwas abgepannt, aber nicht unzufrieden las der alte Herr seine Morgenzeitung. Zur verobredeten Minute kam auch der Chauffeur, grüßte, nahm aber nicht Platz auf dem ihm in unangenehm leuscheliger Woche angebotenen Stuhl, sondern erklärte nur stehend und mit seltsam unsicherer Stimme, es täte ihm sehr leid, aber er könne sich weder am Führersth noch ganz passio an der Ausfahrt beteiligen, da er sich sehr unwohl und heftig fühle, es sei sicher besser, er bliebe zu Hause und im Bett. Der Chauffeur wankte ein wenig, während er dies vorbrachte, leichenbläß sah er aus, man

Prinzliche Sorgen.



„Da reden die Deutsche immer von Sozialisierung der Großbetriebe, und nun will man nicht mal die Apanagen der Mätressen unseres Herrn Großpapa bezahlen.“

glaubte ihm seine Angaben, versorgte ihn auch noch mit ein paar illustrierten Zeitungen und den zur Heilung erforderlichen Wessfüßen. Der Chef fuhr den Wagen jetzt selbst und er tat es nicht einmal ungern. Der Motor knatterte lustig laut denn je durch die noch menschenleere Morgenstunde, und in schnellem Tempo entrasste der Wagen dem Weichbild des Berliner Häusergebäus.

Der Chauffeur, der in der Frühe mit Hilfe von Fuder und Schmitze nicht schlecht geschaukelt hatte — zum erstenmal in seinem Leben war ihm das gelungen —, schloß nach ein paar Stunden, stand gegen Mittag auf, klatschte sich langsam und unzufrieden an, lockte sich etwas zu essen, wozu er immerhin einiges Talent besaß, ging dann ein wenig spazieren, unterhielt sich mit Bekannten, die er zufällig traf, trank hier einen Schnaps und dort einen, tolle, ein wenig benommen, bei Sonnenuntergang heim; die Familie war noch nicht zurück, der Chauffeur wußte es.

Zwei Stunden verblühte der Chauffeur auf dem Diwan im schmöbligen, unbehaglichen Wohnzimmer des Alten. Gesperrtisch greifen Dunkelheit und Stille. Die Bürger essen Abendbrot um diese sonntagsmilde Stunde. Der Chauffeur wagt sie nicht zu durchstöbern. Wagt nicht einmal, eine Zigarette anzuzünden. Halten ihn unsichtbare Füsse fest?

Wie die altmodische Wanduhr die zehnte Abendstunde piepadünn anschlägt, gelingt ihm schließlich ein paar mechanische Handgriffe. Stülpt sich ein paar Radioböhre über den Kopf, dreht ein wenig am Kondensator herum, spielt am Wagneten und hört gerade den Schlaf eines harmlosen (ibelen) Coupletgefangs.

„Keine Damen und Herren, wir geben Ihnen jetzt die neuesten Tagesnachrichten bekannt.“ Ist sich die bekannte Stimme des Anlagers vernehmen. Da wird einiges Neue von der inneren und äußeren Politik, dieses und jenes milder Politische aus aller Welt berichtet. Schließlich kommt der Anlager zum Kleinkram, zum „Bermischten“, ganz zum Schluß erst zu jener Meldung, die der Chauffeur schon den ganzen Tag erwartet: „Heute morgen gegen neun Uhr ereignete sich auf der Landstraße, die von Karlsruhorf nach Sabowa führt, ein schweres Automobilunglück. Auf bisher noch unerklärte Weise löste sich an dem in rasendem Tempo fahrenden Wagen eines Berliner Kraftfahrzeugunternehmers, den dieser selbst steuerte, das rechte Hinterrad. Der Wagen kam ins Schleudern, prallte gegen einen Baum und schlug um. Die drei Insassen des Wagens wurden fürchterlich zugerichtet: Der Beisitzer und ein mitfahrender noch unbekannter Herr verstarben binnen weniger Minuten, eine Dame wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert; mit ihrem Ableben muß stündlich gerechnet werden.“

Dann wußte der Sender Langmuß ins Ohr. Der Chauffeur nahm den Hörer ab wankte auf sein Zimmer, zog den Mantel an, setzte den Hut auf, stellte sich nach einer Viertelstunde schon der Polizei.

Die Gerichtsverhandlung steht noch bevor.

Die Mode in der Medizin.

Von E. M. Dieckman.

Den Referenten zur Entschuldig: Nicht um die Stellungnahme der Medizin zur Mode handelt es sich hier — der Arzt kann mit der heutigen Mode zufrieden sein, er stellt beruhigt fest, daß sie gesund ist; ergt doch die Kleidung den Körper nicht mehr ein; eher das Gegenteil ist der Fall. Hier aber soll gezeigt werden, wie tief die Macht der Königin Mode wurzelt. Sie dringt sogar ein in die geistlichen Gefilde der erstesten aller Willensschaften, der Heilkunde. Allerdings sind es nicht unmittelbar Modebegehrte, die befolgt werden; es handelt sich vielmehr um das Wiederaufkommen bestimmter einzelner Behandlungsarten, die früher schon einmal gedrücklich gewesen sind, dann als „unwissenschaftlich“ abgelehnt wurden und nun wieder austauschen und von der Wissenschaft rehabilitiert werden.

Ein Hauptprunkstück mittelalterlicher Medizin war der Aderlaß, berühmt bis zu den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Schilbkrönlanzette war das Wahrzeichen und der Stolz des Arztes; auf vielen Abbildungen der Zeit ist sie sichtbar. Viele Krankheiten führte man auf verdorbenes Blut zurück, und nicht ohne Grund; aber durch Abzapfen von Blut dem abhelfen zu wollen, das war falsche Logik. Und da man zudem, infolge der Häufigkeit, mit der diese Manipulation angewandt wurde, allmählich alle Bedenken verlor und oft und viel zur Ader ließ, besonders da, wo man nicht wußte, was anderes zu tun wäre, so mußte schließlich der angestiftete Schaden größer werden als der geleistete Nutzen. Wie aber so häufig im Leben, vernimmt man in diesem Falle selbst bei der Wissenschaft die erforderliche Konsequenz: Als die Schädlichkeit des falsch angewandten Aderlasses klar wurde, schaffte man ihn einfach ganz aus der Welt. Von 1800 an war er in der Medizin streng verboten; es galt für Kurpfuscherei, sich damit zu befassen. Man vermaß, daß es Fälle gibt, wie Blutüberfülle, Trägheit des Kreislaufes, Verwinnung des Blutplasma u. a., die eine genau berechnete Blutentnahme fordern. Erst in neuerer Zeit hat die Medizin sich darauf besonnen, und der Aderlaß ist wieder in Mode gekommen. Wie tief eingewurzelt aber das Vorurteil gegen ihn war, erkennt man daran, daß ein neuer Name für die Manipulation gesucht wurde. Der moderne Arzt spricht nicht mehr vom Aderlaß, sondern von der „Venensöffnung“.

In der mittelalterlichen Heilkunst spielten die Sekrete, die Gifte von Kröten und Schlangen eine geheimnisvolle Rolle. Es war besonders das Unbekannte, das zu phantastischen Vermutungen und zugleich zu ausgebreiteter Anwendung trieb. Mystische Spekulationen nahmen in der damaligen Medizin überhaupt den weitesten Raum ein, ein Wußt von Unsinn und Übergläubem verunkelste einzelne Lichtblicke klarer Erkenntnis. Und abermals fiel die Wissenschaft von einem Extrem ins andere: Als man sich über die Bedeutungslosigkeit der „symbolischen Heilbilder“ klar geworden war, räumte man mit der „spekulativen Einstellung“ gründlich auf. An ihre Stelle trat die nüchterne Erfahrungswissenschaft und die wissenschaftliche Einstellung. Nur Stoffe, deren Wirksamkeit die Chemie analysieren konnte, wurden in die Arzneibücher aufgenommen. Und so verschwanden mit „Fuchslungenkraut“ und „Schneckenstump“ auch die vegetabilen und animalischen Gifte. Als aber in der neueren Zeit die Chemie ihren gemaltigen Aufschwung nahm, da wagte man sich auch an die Erforschung der komplizierten Einzelverbindungen. Und da man in den Giften vieler Pflanzen heilkräftige Stoffe vorfand — erinnert sei nur an Belladonna, Scopolamin, Kokain —, versuchte man auch, in das Geheimnisvolle der Zusammensetzung tierischer Sekrete einzudringen. So ist es dann vor einigen Jahren gelungen, das Gift der Klopferichlange zu isolieren und haltbar zu machen. Dieses „Krotalin“ genannt, ist mit gutem Erfolg bei Epileptikern erprobt worden; man hat festgestellt, daß Krotalinspritzungen die Anfälle verhindern bzw. abkürzen und weniger gefährlich machen können. Einmal auf diesem Wege, erinnerte man sich der alten Rezepte und suchte zu erkunden, was Wahres daran sei. Und wieder ist ein Körnchen Gutes unter einem Haufen Schutt gefunden worden: In der Bacterieller Universitäts-Augenklinik hat ein Arzt das Gift der Kröte (Buffo) isoliert und „Suffonin“ genannt. Dieses Sekret ruft, wenn es in die Augen gerät, gefährliche und schmerzhaft Entzündungen hervor infolge Trübung der glasklaren Augenhäute. Nun lehrt das sog. „biologische Grundgesetz“ (nach seinen Entdeckern auch „Kreid-Schulzengesetz“ genannt), daß die Wirkung eines Medikaments in kleinen Gaben umgekehrt ist wie in großen: So hat man im Suffonin einen heilkräftigen Stoff gefunden, der in minimal-kleinen Dosen (hämorrhoidale) getrühte Augenhäute aufheilt.

In früheren Zeiten spielten in Krankenzimmern die Räucherungen zur Verbesserung der Zimmerluft eine große Rolle. Einer englischen Krankenpflegerin, Mrs. Nightingale, gebührt das Verdienst, zuerst die Fenster aufzupacken zu haben, um der frischen Luft von draußen Einlaß zu gewähren. Und als man nun erkannte, um wieviel besser diese Art der Luftaufreinigung war als die mittels Räucherkerzen, da wurden diese einfach gänzlich abgelehnt. Die Zimmerausräucherung fiel der Vergessenheit anheim. Bis — die moderne Bakteriologie die Infektionsgefahr der Keime in der Luft von Zimmern, die Infektionskrankheiten beherbergen, einwandfrei nachwies. Nun kamen die Räucherkerzen auch wieder zu Ehren. Aber wiederum nannte man sie anders, denn schlechter Ruf belastet. So sprechen wir denn heute von Desinfektionen, wenn wir Zimmer ausräuchern lassen, und wir verbessern damit nicht mehr die Luft, sondern vernichten die Keime.

Die Medizin ist allmählich dazu übergegangen, tiefeingewurzelte Vorurteile auszuräumen. Die alte Forderung des genialen Arztes Aufeland: „Brühet alles und behaltet das Gute“, kommt endlich zu Ehren. Zeitlich noch vertrat der Altmeister der deutschen Chirurgie, Professor Bier, diese Forderung auf das Nachdrücklichste. Und wo die Wissenschaft ihr nachkommt, da wird sie manches Gute besser und gereifter wieder anwenden, was im ungeschminkten Laufe unserer schnelllebigen Zeit in Vergeßlichkeit geraten war. So kommt es, daß wie auch in der Medizin Moden kennen, allerdings im vornehmsten Sinne des Wortes: als Verbesserung und Fortschritt.

Wegen Klopferichlingen hingerichtet. In London fand vor einiger Zeit ein Prozeß gegen mehrere junge Leute statt, die bei offenem Fenster Klavier gespielt und deshalb ein polizeiliches Strafmandat erhalten hatten, gegen das sie richterliche Entscheidung beantragten. Im Laufe der Verhandlung ließ sich der Richter Ene die vielbeachtete Bemerkung entlocken, daß „man solche Menschen, die die Ruhe der Nachbarn in größlicher Weise stören, am besten auf der Stelle errichten würde“. Die Bemerkung war natürlich ipso facto gemeint; aber in der französischen Revolution hat sich tatsächlich der Fall ereignet, daß zwei junge Mädchen aus Arras hingerichtet wurden, weil sie bei unpassender Gelegenheit Klavier gespielt hatten. Die beiden jungen Damen hatten an dem Morgen, als die Nachricht von der Einnahme von Valenciennes durch die Oesterreicher und Engländer in Arras eintraf, Klavier gespielt, und zwar die Revolutionsweise des „Ca ira“, die ihre gute republikanische Gesinnung im Grunde unüberleglich hätte beweisen müssen. Der Volkst, der unglückseligerweise während ihrer musikalischen Betätigung an dem offenen Fenster vorbeizog war indessen anderer Meinung und brachte die beiden jungen Mädchen zur Wache. Es wurde eine hochnatpeinliche Untersuchung eingeleitet, nach deren Abschluß die beiden unglücklichen Pianistinnen vor das Revolutionstribunal gestellt und nach kurzer Verhandlung zum Tode verurteilt wurden, weil sie am Tage der Niederlage der republikanischen Truppen eine lustige Weise gespielt und damit ihrer Freude über den Sieg der Feinde der Republik Ausdruck gegeben hatten“. Die beiden jungen Mädchen wurden auch wirklich am folgenden Tage hingerichtet.

Eine wirkliche „Luguseisenbahn“. Die Züge der Mexiko-Gul Bahn rollen über Schienen, die auf Schwellen von Mahagoni ruhen. Auf einer anderen Linie sind die Schwellen sogar aus Ebenholz hergestellt, die Brücken aus weißem Marmor und die Bauwerke aus Silbererzen. Die Verwendung dieser kostbaren Materialien geschah aus „Eriparrnisgründen“, da es billiger kommt, als der Anlauf ausländischen Materials.

Garn aus Menschenhaar. Nach dem „Welt Pariser“ soll in Amiens eine große Spinnerei zur Erzeugung eines neuen Spinnmaterials aus Menschenhaar gegründet worden sein. Das Haar soll aus China und Japan bezogen werden, es wird dann in der Fabrik wie Wolle behandelt. Das aus Menschenhaar geschaffene Gewebe soll sich durch besondere Haltbarkeit auszeichnen.

Zur Diskontermäßigung.

Wird sie eine Zinsverbilligung bringen?

Das Reichsbankdirektorium hat, wie gemeldet, mit Wirkung vom 12. Januar beschlossen, den Diskontsatz von 9 auf 8 Proz., den Lombardfuß von 11 auf 10 Proz. zu ermäßigen und die Beleihungsgrenze für Gold- und Reichsmarktpfandbriefe von 50 auf 66 2/3 Proz. zu erhöhen. Ueber die entscheidende Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank liegt folgender Bericht vor:

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, den Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskont von 9 Proz. auf 8 Proz. herabzusetzen, wie folgt: Die Situation der Reichsbank ist seit einer Reihe von Wochen unverändert leicht. Die Devisenguthaben haben eine ansehnliche Vermehrung erfahren. Die Zunahme des Wechselbestandes der Reichsbank in den letzten Wochen ist nicht auf die Zunahme inländischer Wechsel, sondern auf eine Mehranlage in Auslandswechsela zurückzuführen. Die Ansprüche im inländischen Wechselverkehr zeigen eine fallende Tendenz. Die Rückführung des Zahlungsmittelumschlages gegenüber dem Ultimo ist in der ersten Januarwoche erheblich stärker gewesen als in der gleichen Zeit der vorangehenden Monate. Die Anfang Dezember vorgenommene Kreditlockerung hat zu keinerlei vermehrter Kreditanspruchnahme geführt. Nach der Lage der Wirtschaft und des Geldmarktes ist auch für die nächste Zeit mit einer wesentlich stärkeren Ananspruchnahme wechselfähigen Kredits bei der Reichsbank kaum zu rechnen. Langfristige Kredite dagegen werden immer noch in größerem Umfange durch Auslandsanleihen bedient, so daß eine stärkere Hinlenkung des in Deutschland vorhandenen Geldes auf den langfristigen Anlagemarkt sehr ermüdet erscheint. Erfreulicherweise ist es gelungen, bei einer Reihe von Auslandsanleihen nach und nach eine geringere Realverzinsung durchzubrüden. Auch diese Tendenz muß unterstützt werden. Aus allen diesen Gründen hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, mit Wirkung vom heutigen Tage den Diskontsatz von 9 auf 8 Proz. und den Lombardfuß von 11 auf 10 Proz. zu ermäßigen. Zur Stärkung des langfristigen Anlagemarktes ist ferner neben anderen Erleichterungen im Lombardverkehr beschlossen worden, die Beleihungsgrenze für Gold- und Reichsmarktpfandbriefe von 50 Proz. auf 66 2/3 Proz. zu erhöhen.

Die Herabsetzung des Diskonts ist Tatsache. Wir haben die Diskontermäßigung begrüßt, weil wir sie nicht für ein geeignetes Mittel zur endgültigen Lösung der Stabilisierungsschwierigkeiten halten. Wenn Preisentwertung und Verringerung der Produktionskosten in der deutschen Wirtschaft die Voraussetzungen zur Gesundung sind, so kann von der Zinsseite nur die Senkung der tatsächlichen Zinskosten helfen. Die Zinskosten bestimmen sich nicht nach der absoluten Höhe des Zinsfußes, der für Kredite verlangt wird, sondern nach der Zinspanne, die zwischen den von den Banken vergüteten und den von ihnen geforderten Zinsen liegt. An dieser Zinspanne vermag eine Diskontermäßigung nichts zu ändern, weil bestenfalls beide Zinsätze um 1 Proz. ermäßigt werden. Ist das richtig, so kann die Diskontermäßigung nur gerechtfertigt werden, wenn die Kreditnachfrage in Deutschland, soweit sie wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspringt, zurückgegangen ist. Die billige Lage der Reichsbank und der Privatbanken entspringt nicht einer tatsächlichen Geldknappheit in der Wirtschaft. Die Flüssigkeit der Banken und des Geldmarktes ist vielmehr die Ursache der seit Wochen stark verschärften Wirtschaftskrise und der Drosselung in der Produktion, die die Einnahmen aus dem Warenverkauf wegen der Einschränkung und Stilllegung sehr zahlreicher Betriebe nicht zu wahren und Gehältern werden läßt. Auf der anderen Seite entspringt die Vertrauenskrise der Banken gegenüber der Wirtschaft und der Banken untereinander. Nicht weil der Kreditbedarf zurückgeht, ist die Flüssigkeit da, sondern weil der Kreditbedarf und die Angst vor seiner Befriedigung so groß sind, kommen zuviel Gelder auf den Markt. Darin liegt auch der Grund zur fallenden Tendenz der Inanspruchnahme der Reichsbank im inländischen Wechselverkehr.

Genosse Hilferding hat im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags gefordert, daß die Reichsbank eine Diskontpolitik mache, die die Herrschaft der Reichsbank auf dem Kapitalmarkt gewährt. Er forderte eine Diskontpolitik, die die auf dem Geld- und Kapitalmarkt vorhandenen Mittel mit der vorhandenen Nachfrage nach Krediten auf die Dauer zu einem gefunden Ausgleich bringt. Die Reichsbank führt aus, daß die Anfang Dezember vorgenommene Kreditlockerung zu keinerlei vermehrter Kreditanspruchnahme geführt hat. Die Richtungsanspruchnahme trotz der Kreditlockerung ist kein Ausdruck des fehlenden Bedarfs, sondern der Kreditperre, die die Sorge um die eigene Liquidität und die Vertrauenskrise zwischen den Ausstellern und Privatdiskonten über große und lebensfähige Teile der Wirtschaft gelegt hat. Dieser Vertrauenskrise, nicht der Wirtschaftskrise trägt die Herabsetzung des Diskonts Rechnung. Infolgedessen ist die Diskontermäßigung auch nicht als Zeichen verstärkter, sondern verringerter Herrschaft der Reichsbank über den Geld- und Kapitalmarkt zu betrachten.

Die Diskontermäßigung ist Wirklichkeit. Es ist bedauerlich, daß die Reichsbank sich nicht stark genug gefühlt hat, der Diskontpolitik jene Funktion zuzuwenden, die sie in einer gefunden Volkswirtschaft ausüben muß. Der Geld- und Kapitalmarkt steht heute immer noch im Zeichen der Kreditkontingenzierung. Diese Kreditkontingenzierung ist die eigentliche Grundlage des Zinsmonopols, das die Karrieren der Privatbanken ausüben. Zahlreiche der besten und lebensfähigsten Betriebe können entweder überhaupt keine Kredite erhalten oder werden durch die hohe Zinspanne an der Wiederherstellung der Rentabilität gehindert. An diesen Dingen kann die Diskontermäßigung bei Beibehaltung der Kreditkontingenzierung nicht das geringste ändern. Das Kreditssystem in Deutschland bleibt auch nach der Diskontermäßigung unnatürlich und ungesund. Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß die Herabsetzung des Diskonts sich nicht auch noch als ungewollt und gefährlich erweist. Vielleicht, daß wenigstens die Erhöhung der Beleihungsgrenze für Pfandbriefe ein Vorteil ist. Da aber auch sie die Summen nicht kleiner machen, die die Banken zur Erhaltung ihrer Liquidität flüssig halten müssen, steht es dahin, ob nicht auch dieser Vorteil nur ein vorübergehender ist.

Die Reichsbank in der ersten Januarwoche.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 7. d. M. zeigt, ist in der ersten Januarwoche eine Entlastung des Bankstatus eingetreten. Die Wechselanlage ging um 177,1 Millionen auf 1737,7 Millionen Reichsmark zurück. Von der Abnahme entfielen 30,5 Millionen auf vermehrte Rediskonierungen an öffentliche Stellen. Die Summe der weiterverarbeiteten Wechsel stellte sich somit am 7. Januar auf 503,6 Millionen Reichsmark. Die Lombardanlage ermäßigte sich um 7,1 Millionen auf 3,3 Millionen Reichsmark.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen gelangten 355,4 Millionen in die Kassen der Bank zurück, und zwar wozu der Umlauf an Reichsbanknoten um 228,3 Millionen auf 2732,1 Millionen Reichsmark, der Umlauf an Rentenbanknoten um 127,1 Millionen auf 1348,6 Millionen Reichsmark ab; 15 Millionen Reichsmark an Rentenbanknoten wurden getilgt, so daß sich die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen um 112,1 Millionen auf 245,1 Millionen Reichsmark erhöhten. Die fremden Gelder zeigten eine Vermehrung um 176,7 Millionen auf 873,7 Millionen Reichsmark.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen liegen um 0,2 Millionen auf 1610,8 Millionen Reichsmark, von diesem Betrag entfallen 1208,1 Millionen Reichsmark auf Gold und 402,7 Millionen Reichsmark auf bedungsfähige Devisen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein hat sich von 49,8 Proz. in der Vorwoche auf 44,2 Proz., die Deckung durch Gold und bedungsfähige Devisen von 54,4 auf 59 Proz. gebessert.

Luftfahrt und Verkehrswirtschaft.

In einem Vortrag, den Reichsverkehrsminister Dr. Rohne vor westfälischen Interessenten in Essen hielt, strich er auch die großen Probleme, die sich aus der Eingliederung der Luftfahrt und des Kraftwagenverkehrs in die moderne Verkehrswirtschaft ergeben. Der Minister wies auf die Erschwerungen unserer Luftfahrt vom Auslande hin. 317 jungen deutschen Flugschülern ständen 10 000 nach dem Kriege ausgebildete französische Piloten gegenüber. Es sei unbillig, unter diesen Umständen von militärischer Bedrohung seitens Deutschland zu reden. Der Luftverkehr aber könne heute nur noch durch Subventionen aufrechterhalten werden. Die zuerst nach dem Kriege betriebenen 40 Gesellschaften haben sich schließlich auf zwei große Kongerne zurückgebildet. Doch auch dieser Dualismus sei unwirtschaftlich gewesen. Es ist gelungen, die Bereitschaft zur Fusion zu erzielen. In Zukunft werde die Subvention nur der Einheitsgesellschaft zugute kommen. In dieser werde sich das Reich, um Bureaukratisierung zu vermeiden, mit einer Rinderheit begnügen. Das Reich werde vorwiegend die großen Transkontinental-Linien fördern, daneben auch die technische Entwicklung. Eine Entwicklung der deutschen Luftfahrt sei aber nur möglich, wenn die über den Verfall der Vertrag hinaus Deutschland ausgesetzten Begriffsbestimmungen beseitigt würden. Nur wenn Deutschland hierin Entgegenkommen finde, könne es dem Auslande unter Bedingung der Gegenseitigkeit Konzessionen in bezug auf das Ueberfliegen deutschen Gebiets machen. Am Kraftfahrzeugverkehr müsse Deutschland den Rückstand gegenüber anderen Nationen aufholen. Normung und Verringerung der Topenzahl müsse Bau und Betrieb verbilligen. Die Reichsbahn-Gesellschaft müsse mit dem Kraftverkehr zusammenarbeiten, dürfe ihn jedoch nicht monopolisieren. Schon die heutige Entwicklung hat den Straßenbau vor schwerwiegendste technische und finanzielle Fragen gestellt. Ein Entwurf über die Neugestaltung der als Zwecksteuer gebachten Kraftfahrzeugsteuer liegt zurzeit den gesetzgebenden Körperschaften vor. Kamensicht seien die großen Durchgangstraßen auszubauen. Dem so gefördertem Großverkehr müsse durch Vereinheitlichung der polizeilichen Regelung Rechnung getragen werden.

Russische Landmaschineneinfäufe. Die landwirtschaftliche Abteilung der Handelsvertretung der UdSSR hat, wie der EDD. erzählt, im letzten Quartal Oktober-Dezember 1925 Waren im Werte von 24 509 800 Reichsmark eingekauft, während im gleichen Quartal des Vorjahres Einfäufe in Höhe von 5 797 440 Reichsmark gemacht wurden. Die Importoperationen der genannten Abteilung haben sich also vervierfacht. Die Einfäufe des letzten Quartals 1925 übersteigen sogar weit die Einfäufe des ganzen Jahres 1924, die sich auf zirka 11 Millionen Reichsmark beliefen. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß neben der Landwirt-

schaftsvertretung der Handelsvertretung sich auch andere Organisationen mit der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen nach Rußland befaßen. Die Einfäufe der Handelsvertretung beruhen auf Anforderungen der Bauernschaft, die allerdings weit über das Maß dessen hinausgehen, was tatsächlich zur Einfuhr genehmigt und durch die Handelsvertretung eingekauft wurde. Das außerordentliche Anwachsen der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten durch die Bauernschaft zeigt, daß ihr, obwohl sie erst fast die Hälfte ihres Getreideüberschusses auf den Markt gebracht hat, doch gegenwärtig viel größere Beträge für Maschineneinfäufe zur Verfügung stehen als im Vorjahre.

Infolozenzen in der ersten Januarwoche. Nach einer Zählung des Berliner Tageblattes sind in der ersten Januarwoche 426 Konturste eröffnet und 374 Geschäftsaussichten verhängt worden. Im ganzen Dezember waren es 1660 Konturste und 1388 Geschäftsaussichten. Betroffen wurden im Januar 23 Aktiengesellschaften; davon gingen 14 in Konturste. Der Rest sind Einzelunternehmungen und Privatpersonen. Von den 23 Aktiengesellschaften sind bemerkenswerterweise 17 in den Jahren 1921 bis 1923 gegründet. Von den Kontursten entfielen: auf Textilien und Bekleidung 66, Rohle, Metalle, Maschinen, Chemikalien 51 (davon 7 Aktiengesellschaften), Holz, Papier, Baumaterial und Baugewerbe 22, Häute, Leder, Schuhe 25, Lebensmittel 48, Handwert 39, Privatpersonen 63, Verschiedene 80 (darunter 8 Mühlbetriebe, 14 landwirtschaftliche Betriebe, 1 Versicherungsgesellschaft und 2 kleine Bankaktiengesellschaften). Die Zahlen lassen erkennen, daß das Weihnachtsgeschäft die Kurve der Infolozenzen zum mindesten nicht herabgedrückt hat.

Vor dem Kartellgericht wird demnächst ein sehr interessanter Prozeß ausgetragen werden. Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe G. V. in Leipzig hat sich den Weihnachtsscherz erlaubt, seine Preise ab 1. Januar bzw. 1. Februar 1926 ganz erheblich heraufzusetzen. In einzelnen Fällen liegt eine Steigerung von 20 Prozent vor. Eine Veredelung für diese Preissteigerung fehlt völlig. Vor allem wird die Preissteigerung den Baumwollwaren Großhandel stark belasten. Da dieser bei seinen Vorparcäufen die Erhöhung nicht mehr einkalkulieren kann, beabsichtigt der zuständige Großhandelsverband, das Kartellgericht anzurufen. Ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Nachstellung im Sinne der Kartellverordnung wird ferner in den überaus rigorosen Konditionen des Veredelungsverbandes erblickt, nach denen jede Veredelungsanstalt zur Deckung ihrer Forderungen auch Waren eines Auftraggebers, die sich bei anderen Verbandsfirmen in der Ausrüstung befinden, zurückhalten kann. Der Veredelungsverband ist ja seit Jahren seiner Geschäftsbedingungen wegen sehr berüchtigt. Hoffentlich findet sich eine Justiz, die das Geschwür einmal auskratzt.

Die ersten Schwierigkeiten in der Kunstseidenindustrie. Die Ber. Glanzstoff-Fabriken A.-G., Eiberfeld hat ihren Endwollwollbetrieb eingeschränkt und entläßt 900 Arbeiter. Verwunderlich ist die Nachricht, weil die Kunstseidenindustrie bisher eine der wenigen war, die in Deutschland Hochkonjunktur hatten mühen in der allgemeinen Krise. Die Nachricht ist aber weniger verwunderlich, wenn man an die Folgen dieser Hochkonjunktur denkt, die durch die riesenhafte Steigerung der Produktion und die enorme Gründungstätigkeit gekennzeichnet ist. Deutschland, Italien, England, Amerika, Japan wetteiferten in Neugründungen; die Kapitalien flossen massenhaft der Kunstseide zu, bei der Gewinne bis zu 30 und mehr Prozent im Preis einkalkuliert werden konnten. Die Glanzstoff selbst hat mit einer englischen Firma den Bau einer neuen Riesenfabrik beschlossen. Das Rennen hat heute das erste Warnungssignal gegeben. Darauf dürfte die Einschränkung bei den Glanzstoffwerten schließen lassen. Die Glanzstoffwerke möchten natürlich andere Gründe wahrhaben, so die englischen Schutzzölle und den deutsch-italienischen Handelsvertrag, der einen niedrigeren Vertragsfuß festgesetzt hat, als die Jastarinovelle als Ausgangspunkt vorlag. Wäre es nun wirklich so, daß zollpolitische Auswirkungen vorliegen, so wäre das nur wieder ein Beweis dafür, wie selbstverständlich es auch den deutschen Kunstseidemagnaten ist, das Inland durch möglichst hohe Schutzzölle auszubilden und durch Dumpingkonturrenz das Ausland übers Ohr zu hauen. Wie es den anderen Industrien geht, die auch exportieren wollen, und den anderen Ländern, die auch absetzen wollen, spielt keine Rolle. Geht es dann schief, wird gemurmelt. Die Kunstseidenindustrie hat am wenigsten Grund zu klagen. Doch der Demobilisationskommissar ohne weiteres die Entlassung von 800 Mann genehmigt, ist unerhört. Wird nach so mächtig verbien, wie in Kunstseide, so soll man mit den Preisen heruntergehen. Aber vielleicht sind jetzt den Unternehmern gerade hohe Preise erwünscht. Verkauft doch türlich, daß man an eine internationale Kartellbildung denkt. Dann bestände die Nachricht allerdings noch eine viel größere Bedeutung, die hoffentlich auch der Demobilisationskommissar begreifen wird.

Zum Verkauf der Kohle-H.-G. Wie die Konjunkturforrespondenz von zuständiger Stelle erzählt, ist der Verkauf der Kohle-H.-G. an die Inocerum Paper Co. nunmehr von den zuständigen Verwaltungsorganen bestätigt worden und damit zum Abschluß gelangt. Der Preis für das gesamte Aktienkapital von 17,6 Millionen beträgt 16 Millionen Reichsmark und wird in bar bezahlt.

Die deutsch-oberösterreichische Steinkohlenförderung betrug im Dezember (23 Arbeitstage) 1 295 547 Tonnen gegenüber 1 427 985 Tonnen im Monat November, auf den 24 Arbeitstage fielen. Die Halbenbestände an Kohle bezifferten sich am 31. Dezember auf 9959 Tonnen gegenüber 11 560 Tonnen Ende November und die Rotsbestände auf 132 596 Tonnen gegenüber 145 571 Tonnen Ende November.

Das Verbot der Weizenausfuhr im polnischen Ministerialrat. In einer Mitteilung über die gestrige Abend Sitzung des Oekonomischen Komitees des polnischen Ministerrats heißt es, das Oekonomische Komitee des Ministerrats habe eine Verordnung über das Verbot der Weizenausfuhr angenommen und einer besonderen Kommission überwiesen, die einige Änderungen rechtlicher Natur an ihr vornehmen werde. Hierzu erzählt die sozialdemokratische „Robotnik“: In der gestrigen Sitzung des Oekonomischen Komitees des Ministerrats ist man im Hinblick auf unübersteigbare Hindernisse übereingekommen, das Weizenausfuhrverbot im gegenwärtigen Augenblick nicht in Kraft treten zu lassen. Hingegen wurde beschlossen, an Stelle eines Ausfuhrverbots einen Ausfuhrzoll in der Höhe von 15 Zloty für 100 Kilogramm neu einzuführen.

Deutsche Schuhmaschinen für Rußland. Der Leningrader Ledertrust hat in Deutschland 65 Schuhmaschinen für die Fabrik „Proletarskaja Prawda“ bestellt. Die Aufstellung dieser Maschinen soll die Produktion von bäuerlichem Schuhwerk in Rußland von 2500 auf 4500 Paar täglich erhöhen.

Einspruch des Danziger Senats gegen die polnische Zollregelung. Das polnische Finanzministerium hat durch eine am 24. Dezember 1925 bei allen Zollämtern eingegangene Verfügung ein neues Formular für Einfuhrzollbescheinigungen eingeführt und seine Verwendung vom 2. Januar 1926 an vorgeschrieben. Durch das damit verbundene Verfahren wird der Dienst der Zollämter und zugleich die Deklarationsarbeit der Zollpflichtigen insbesondere der Speditoren und Schiffsmakler ganz erheblich erschwert, so daß nicht nur eine Vermehrung der Beamten notwendig wird, sondern auch den Speditoren und Schiffsmaklern eine fast unerträgliche Last erwächst. Der Senat ist wegen dieser Belastung an die polnische Regierung herangetreten und hofft, daß sie sich von der Undurchführbarkeit dieser Forderung überzeugen lassen wird.

Handwerk gegen Preisabbaugesetz.

Daß der Reichsverband des Deutschen Handwerks seine für gestern, Dienstag, angelegte Tagung nicht vorübergehen lassen würde, ohne gegen die geplanten gesetzlichen Eingriffe in das Preisbildend der Innungen zu protestieren, war vorauszusehen. Weniger erbaulich war die Form, in der das geschah. Der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Dr. Rohne wurde durch zahlreiche Zwischenrufe derart am Reden gehindert, daß er es vorzog, eilig abzubrechen und die Versammlung sich selbst zu überlassen. Diese nahm dann nach zwei Reseraten eine Entscheidung an, die u. a. besagt:

„Der Reichsverband habe durch Beschluß vom 23. November 1925 bewiesen, daß er hinsichtlich des Preisabbaugesetzes bis an die Grenze des Möglichen gehen wolle. Soll ein Berufsstand aber hinsichtlich der Preisbildung auf seine Mitglieder einwirken, so darf seinen Organen nicht die Möglichkeit genommen werden, richtige Kalkulation zu lehren und diese an Beispielen zu erläutern. Auswüchse im Verbindungswesen sind lediglich eine Folge des gesamten Systems. Die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Ringbildung werden als vollständig einseitig und praktisch undurchführbar abgelehnt. An der bestehenden Leuerung ist die Reichsregierung infolge ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit verantwortlich. Sie darf die Verantwortung nicht auf die Wirtschaft oder einen einzelnen Berufsstand abwälzen. Der Reichsverband erhebt deshalb schärfsten Protest gegen die im Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues enthaltenen Sonderbestimmungen gegen das Handwerk und fordert als Voraussetzung für eine wirkliche Gesundung sparsamste Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und Kommunen, Steuerermäßigungen und Unterlassung jeglicher Steuerüberschuldpolitik, eine gesunde Kreditpolitik, Berücksichtigung der Notlage der Wirtschaft bei allen sozialpolitischen Maßnahmen, Herabsetzung der Verwaltungsgebühren, Gerichts- und Eisenbahn- und Posttarife.“

Offen bleibt nach dieser lichtvollen Resolution nur die Frage, woher die Kommunen und die Städte bei „sparsamster Finanzpolitik“ die großen Sondergewinne denn bestreiten sollen, die das Handwerk bei öffentlichen Ausschreibungen offenbar für notwendig hält, nachdem es sich so selbst für die Preisringe einsetzt. Sparen und den Verbindungsgewinnern zahlen — ein feines Rezept! Nur ist es nicht sehr logisch, aber was will man auch von einer Tagung von Interessenten erwarten, die durch ihre Sondizi aufgestachelt sind! Glauben die werktätigen Handwerker, bei ihren Kunden, den Verbrauchern, besseres Verständnis zu finden, wenn sie sich schüßend vor das Preisbildend kleiner, egoistischer Erwerbsgruppen stellen?

Nur Kaffee Hag garantiert alle Kaffee freuden ohne Schaden

Kaffee Hag-Probierstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a